

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M. (banon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im vorzuzahlbaren Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postgebühren. Auslandsabonnements 5,85 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Postzuschuss 4,65 M.

Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt besteht kein Anspruch der Abonnenten auf Ersatz.

Ercheinungsweise und Anzeigenpreise siehe am Schluss des redaktionellen Teils.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands



Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3 Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dt. P. u. Disz.-Ges., Depostenk., Jerusalemstr. 65-66

Der Widerstand wächst.

Die Arbeiter wehren sich erfolgreich gegen Lohnabbau.

In der Berliner Metallindustrie scheint vorläufig der Bedarf an Lohnabbauweisen gedeckt zu sein. Seit gestern verhalten sich die Firmenleitungen sehr referiert. An Abwehrrufen sind nur noch drei Fälle nachzutragen:

Bei den Deutschen Messingwerken in Niederhönne (Cörling), die rund 400 Arbeiter beschäftigen, war ein Abbau der Tariflöhne für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde um 20 Proz. angekündigt worden. Nachdem die Belegschaft den Streik gegen diesen Lohnabbau beschlossen hatte, wurde von der Firma

der angekündigte Lohnabbau zurückgezogen.

In der Gelbmetallwarenfabrik J. Hornemann ist das Lohnabbauverbot der Firmenleitung, das einen Abbau der Tariflöhne für zehn Arbeitsstunden in der Woche um 50 Proz. verfügte, infolge des energischen Widerstandes der Belegschaft ebenfalls zurückgezogen worden.

Die Kabelwerke in Wilhelminenhof, deren Belegschaft zum Kampf gegen den Papenschen Lohnabbau fest entschlossen war, haben nach Verhandlungen mit dem Betriebsrat gleichfalls den Anschlag zurückgezogen, worin sie mit der Begründung, sie

hätten ihre Belegschaft seit dem 15. August von 176 auf 218 Mann erhöht, einen Abbau der Tariflöhne für 10 Stunden pro Woche um 20 Proz. verlangten.

Jetzt schwenken auch die Berliner Buchdruckereibesitzer in die Lohnabbaufront ein.

Ueber den Streik bei Eisner haben wir gestern berichtet. Die Buchdruckerei Bah u. Garleb in der Bülowstraße hat gestern, Freitag, der gesamten, ungefähr 200 Köpfe zählenden Belegschaft zum nächsten Freitag das Arbeitsverhältnis gekündigt. Die Firma, die seit dem 15. August schon einige Arbeiter eingestellt hat, will noch ungefähr 8 bis 12 Arbeiter einstellen, um von der Berechtigung der Notverordnung Gebrauch machen zu können, die Tariflöhne für 10 Arbeitsstunden in der Woche um 40 Proz. zu senken.

In weiteren sechs Firmen des Berliner Buchdruckergewerbes ist den Belegschaften gleichfalls ein Abbau auf Grund der Notverordnung angekündigt worden; bis gestern abend war jedoch noch nicht bekannt, ob diese Firmen ihren Belegschaften das Arbeitsverhältnis zum nächsten Freitag ebenfalls gekündigt haben.

Berlin und seine Bezirke.

Grundlagen für eine sachliche Diskussion über Berliner Verwaltungsreform.

93 einst selbständige Ortschaften, 8 Städte, 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirke, bilden das neue Berlin. Schon die äußere Umgrenzung dieser neuen, allmählich gewachsenen und noch immer wachsenden Wirtschaftseinheit, die nun zur politischen Einheit werden sollte, bot im Jahre 1920 ganz ungewöhnliche Schwierigkeiten. Doppelt schwierig aber war die Aufgabe, dieses Gebiet wieder aufzugliedern in engere Interessengemeinschaften, in Verwaltungseinheiten, in Bezirke. Überall türmten sich die Schranken des historisch gewordenen auf, nicht nur lokalpatriotische Empfindlichkeiten, sondern auch harte Tatsachen auf dem Gebiete der Bebauung, der Leitungsnetze, des Verkehrs. Und dort, wo man Zusammengehöriges aus Gründen der Parität gliedern, zerreißten mußte, wie im alten Berlin, war der Willkür und dem Zufall mehr Spielraum gelassen, als wünschenswert.

Auch wenn jetzt Berlin daran geht, zwölft Jahre der Erfahrung auszuwerten und eine neue, zweckmäßigere Bezirksgliederung zu schaffen, wird es diese Schranken nicht in unbekümmerter Gründerlaune überspringen können. Nichts leichter als dies: sich ein Wunschbild zu konstruieren, Stätten der Arbeit und Stätten der Siedlung, Fabrikviertel und Wohnquartiere voneinander zu trennen oder Flußläufe und Ausfallstraßen zur Grundlage einer naturgegebenen Aufgliederung zu machen. Doch hart im Raume stoßen sich die Sachen. Die Aufgabe ist nicht, eine Stadt zu gründen, sondern zusammengewachsene Gemeinden zweckmäßig zu verwalten. Und da kommt man nicht um die Tatsache herum, daß Charlottenburg oder Neukölln auch heute noch Verwaltungseinheiten sind, daß man aus dem alten Berlin nicht beliebige Stücke mit dem Seziermesser heraus schneiden kann, ohne eine heillose Verwirrung und riesige Kosten zu veranlassen. Gewiß soll man Verwaltungsfragen nicht ausschließlich unter dem Gesichtswinkel des Kostenpunktes sehen. Einfachheit und Zweckmäßigkeit sind im Interesse der Bevölkerung auch dann anzustreben, wenn sie nicht unbedingt Ersparnisse einbringen. Aber wer wollte es verantworten, etwa heute die gesamte Kanalisation Berlins umzubauen!

Man wird sich also damit abfinden müssen, die bisherigen Bezirksgrenzen bis zu einem gewissen Grade als gegeben hinzunehmen, sich im allgemeinen auf Zusammenlegungen zu beschränken und sich zu Zerlegungen nur dort zu entschließen, wo die Bezüge alle Nachteile einschließlich der Kosten offenkundig überwiegen. All jene kleinen Regulierungen an Stellen, wo die Launen der alten Gemarkungsgrenzen gar zu lächerlich sind, sollten allerdings bei dieser Gelegenheit endlich mit erledigt werden.

Einig sollte man sich darin sein, daß die alte Einteilung vom Jahre 1920 zu viele und zu kleine Bezirke geschaffen hat. Hierüber dürften in der Sozialdemokratie, die in der Verwaltung wie auch sonst stets für die größtmögliche Konzentration um des höchsten Nutzes willen eintritt, keine Meinungsverschiedenheiten herrschen. Den Unterbau der Verwaltung der Millionenstadt müssen eine Reihe wirklicher Großstädte bilden. Die Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten der Siedlungstätigkeit wie der industriellen Entwicklung soll man dabei in Rechnung stellen, aber zugleich bedenken, daß für die absehbare Zeit, in der die Neueinteilung gelten wird, mit einem Millionenstrom von Zuwanderern auch in der Reichshauptstadt nicht zu rechnen ist.

Selbstverständlich wird es weiter für die Sozialdemokratie sein, daß man an die Frage der Neugliederung nur von einheitlichen großen Gesichtspunkten aus herantritt, daß für lokale Eigenbrötleien und partikularistische Sonderwünsche dabei kein Platz ist. Ebenfalls dürfen Erwägungen der Wahlgeometrie die sachliche Entscheidung beeinflussen. Wir treten an die Aufgabe heran mit der ausgesprochenen Absicht, eine Reihe von großen Verwaltungseinheiten zu schaffen, die in ihrer Leistungsfähigkeit möglichst aufeinander abgestimmt sind, und bemühen uns dabei, organisch Gewachsenes nicht ohne Not zu zerreißeln. Alle Pläne und Vorschläge, die diesen beiden Hauptforderungen genügen, können in die Diskussion einbezogen werden, und über alle Einzelheiten sollte dann ein sachlicher Meinungsaustausch und eine sachliche Verständigung möglich sein. Eine Fülle der verschiedenartigsten Vorschläge liegt bereits vor. Aus der städtischen Verwaltung heraus, vom Oberpräsidium, vom Polizeipräsidium, in der Presse sind

Hilfe unseren Verfolgten und Gefangenen. Kampf den Gegnern!

Die Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 vernichtete die Hoffnungen der Hitler-Bewegung, gestützt auf eine erdrückende Mehrheit, zur Macht zu kommen. Zwei Drittel aller Wähler hatten gegen Hitler gestimmt.

In blinder Wut und wildem Haß nahmen

Hitlersche Bürgerkriegssoldaten Rache an politischen Gegnern,

suchten sie in einem wahren Blutrausch Ersatz für ihre Enttäuschungen. In den beiden Wochen nach der Reichstagswahl verübten Nationalsozialisten 53 Bombenanschläge, 39 Feuerüberfälle, 16 Schaufensterstürme. 8 Tote, 21 Verwundete waren die Opfer.

Schreie des Entsetzens und der Empörung gingen durch Deutschland.

Die Reichsregierung erließ eine Verordnung gegen den Terror mit schärfsten Strafandrohungen: Todesstrafe für Vernichtung von Menschenleben.

Fünf nationalsozialistische Mörder

sollten ihre Tat mit ihrem Leben bezahlen.

Fünf nationalsozialistische Mörder waren nachts in die Wohnung einer Familie eingebrochen. Fünf nationalsozialistische Mörder hatten, in Gegenwart von Mutter und Bruder, einen Mann aus dem Bett gerissen. Fünf nationalsozialistische Mörder hatten auf den Mann eingeschlagen, ihn mit dem Stiefelabsatz den Kehlkopf zertreten und ihn durch einen Revolverschuß „erledigt“.

Jeder Mensch war erschüttert davon, daß soviel Bestialität möglich war.

Jeder Mensch? Nein!

Hitler nicht!

Hitler erklärte sich in einem Telegramm mit den fünf nationalsozialistischen Mördern solidarisch und nannte sie „meine Kameraden“

Die nationalsozialistische Presse unterschlug ihren Lesern den wahren Hergang der verbrecherischen Tat. Ja, sie verteidigte die nationalsozialistischen Mörder, sie versuchte sogar sie reinzuwaschen und zu Helden umzulügen, die dem „nationalen Volkszorn“ entsprechend verdienstvoll gehandelt hätten.

Die fünf nationalsozialistischen Mörder sind inzwischen zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden. Selbst die gegenwärtige Regierung in Preußen führte nur den formalen Grund, der für die Begnadigung bestimmend war, an, daß die Mörder die Notverordnung nicht kannten.

Nationalsozialistische Zeitungen lügen planmäßig, daß die von Nationalsozialisten verübten Gewalttaten nur Akte der Notwehr wären.

Die Wahrheit ist, daß von nationalsozialistischen Führern Gewalttaten als „politische Kampfmittel“ empfohlen worden sind.

Die Wahrheit ist, daß Gewalttaten sich häuften, seitdem die SA- und SS-Leute wieder in Uniformen herumlaufen dürfen.

Tausende von Opfern hat der Hakenkreuzterror schon gefordert:

Tote und Verwundete, Verfolgte und Gefangene.

Hunderte von Kämpfern der Eisernen Front sind angeklagt oder verurteilt. Viele sitzen schon in Zuchthäusern und Gefängnissen, die sich dem Terror entgegenstellten, die ihr Leben und das ihrer Angehörigen, Freunde und Genossen verteidigten.

Aus der Fülle der Fälle sei nur angeführt: In Ohlau, in Berlin, in Schleswig-Holstein, in Hirschberg, in Breslau sind zahlreiche Kämpfer der Eisernen Front zu schweren Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt worden. Hunderte von Prozessen schweben zur Zeit noch.

Diese Kämpfer aus unseren Reihen wären nie ins Gefängnis oder ins Zuchthaus gekommen, wenn es keinen nationalsozialistischen Terror gäbe.

Unsere verfolgten und gefangenen Kampfgenossen sind nicht verlassen!

Die Angehörigen unserer getöteten und die unserer gefangenen Kampfgenossen werden nicht ihrem Schicksal überlassen!

Wir alle müssen, wir alle werden helfen.

Wir sind überzeugt davon, daß jeder unserer Genossen und Freunde es als seine Ehrenpflicht betrachten wird, sich an den Hilfsmaßnahmen für unsere Verfolgten und Gefangenen zu beteiligen.

Wir sind überzeugt davon, daß über unsere Reihen hinaus jeder menschlich Fühlende ebenfalls helfen wird.

Jeder kann helfen.

Auch die bescheidenste Gabe ist willkommen!

Geldbeträge sind zu überweisen resp. einzuzahlen auf das Postcheckkonto Nr. 141 528 Berlin der „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G.“ Berlin, Depositenkasse Lindenstraße 3, für Konto Nr. 632 („Gefangenen- und Verwundetenhilfe“).

Einzahlungen nehmen weiter entgegen:

1. sämtliche Zahlstellen und Filialen obiger Bank,
2. alle sozialdemokratischen Zeitungsexpeditionen und
3. die örtlich bekanntgemachten Hilfsstellen der „Gefangenen und Verwundetenhilfe“.

Von den Hilfsstellen werden auch Sachspenden (Nahrungsmittel, Kleidung, Bücher) gern entgegengenommen.

Der Kampf geht weiter!

Er wird nicht enden, bevor nicht die volksverderbliche Hakenkreuzbewegung überwunden ist.

Er wird nicht enden, bevor nicht die kapitalistische Reaktion der Geschichte angehört.

Er wird nicht enden, bevor nicht Jedem Freiheit und Wohlfahrt zu teil geworden sind.

Keine Macht, keine Opfer werden das verhindern.

„Freiheit“
Der Parteivorstand

die mannigfaltigen Lösungsmöglichkeiten mit guten Gründen empfohlen worden.

Zwei Prinzipien streiten dabei um den Vorrang, jedes von beiden vertretbar: es gilt, entweder Gebilde mit je einem speziellen Aufgabengebiet zu schaffen oder umgekehrt ausgebaute Stadtteile mit aufbaufähigen zu vereinigen, um jedem Bezirk die ganze Mannigfaltigkeit kommunaler Aufgaben zu schenken.

Folgt man dem ersten Prinzip, so legen sich um den Block des alten Berlin als Kern eine Reihe von Großstädten, die teils ganz oder nahezu ausgebaut, teils Siedlungsgebiete mit ausgedehnten Bau Terrains, Freiflächen oder Waldbeständen sind. Im zentralen Falle strahlen ohne ein eigentliches Zentrum von der Mitte aus langgestreckte Bezirke fächerförmig zur Peripherie hin, die in ihrem schmalen zentralen Teil ausgebaut, in ihren breiten Randgebieten ausbaufähig sind.

Praktisch ergeben sich hierbei wieder eine große Zahl von Möglichkeiten. Die radikalste Lösung nach dem ersten Prinzip würde zu nur 5 Bezirken, Alt-Berlin und 4 annähernd gleich großen Außenbezirken führen. Teilt man jeden dieser vier Außenblöcke noch einmal auf, so kommt man zu der viel propagierten Neuzerzahl. Gliedert man aber nur die kleinsten der jetzigen Außenbezirke, Zehlendorf, Tempelhof, Köpenick und Weißensee, einem Nachbarbezirk an, so erhält man draußen zehn Bezirke. Und wenn man dann noch auch im Innern nur je zwei Alt-Berliner Bezirke kombiniert, so entstehen insgesamt 13 Bezirke. Diesen Weg und diese Zahl schlägt, soweit bisher bekannt geworden ist, das Gutachten des Stadtrats Dr. Heuer vor. Auch hier sind natürlich viele Varianten möglich, je nachdem, ob man außerdem noch gleichartige Bezirke wie Schöneberg und Wilmersdorf zusammenlegen und ob man Bezirke wie Tiergarten und Weißensee als Ganzes erhalten oder zerlegen will. Auch die Frage eines etwaigen Zusammenschlusses von Spandau und Charlottenburg taucht auf. Jede der hier möglichen Lösungen darf für sich in Anspruch nehmen, daß sie die Grundbedingungen der gleichen Leistungsfähigkeit aller Bezirke erfüllt.

Eben dasselbe gilt von den Lösungen auf Grund des zweiten Prinzips, der radialen Aufteilung der Stadtgemeinde. Der Vorschlag, den vor Jahren das Oberpräsidium ausgearbeitet hat, versucht einen Kompromiß zwischen den beiden theoretischen Möglichkeiten und zeigt, daß man auch dann zu einer Lösung kommen kann, die mindestens diskutabel ist. Er gliedert: Mitte-Kreuzberg, Tiergarten-Charlottenburg, Wilmersdorf-Zehlendorf, Schöneberg-Steglitz-Tempelhof, Neukölln-Treptow-Köpenick, Friedrichshain-Lichtenberg, Prenzlauer Berg-Weißensee-Pankow, Wedding-Reinickendorf, Spandau.

Bei allen Einzelentscheidungen muß natürlich neben den anderen Gesichtspunkten auch die Verkehrsverbindung innerhalb des Bezirks und zum Verwaltungszentrum des Bezirks berücksichtigt werden. Alles in allem aber sollte man sich grundsätzlich zu einer sehr wesentlichen Verringerung der Zahl der Bezirke entschließen, und die Höchstzahl von 10, die im Entwurf der preussischen Regierung seinerzeit angegeben war, dürfte ungefähr das Richtige treffen. Ueber die Einzelheiten aber sollten die Sachkenner recht bald und recht zahlreich diskutieren. Gerade wenn die Entscheidung so schnell fallen sollte, wie es jetzt den Anschein hat, erscheint es uns dringend erwünscht, daß nicht nur die Verwaltungsorgane, sondern auch die Öffentlichkeit, nicht nur die Subjekte, sondern auch die Objekte der Gesetzgebung zu Worte kommen. Da uns der grundsätzliche Standpunkt der Sozialdemokratie gegeben zu sein scheint, sollten sich die parteigedächlichen Kenner der Berliner Verfassung und Verwaltung gründlich mit dem Vielerlei der Einzelvorschläge auseinandersetzen.

Möglich, wahrscheinlich sogar, daß auch dann die Wahl schwer sein wird, daß Gründe und Einwände sich bei etlichen Vorschlägen die Waage halten. Aber auch dann wird eine klare Entscheidung nötig sein. Die Sozialdemokratie hat erkannt, daß durch Verfassungsbestimmungen oder Verwaltungsmaßnahmen die Entwicklung nicht gemindert werden kann. Sie weiß, daß die Verfassung immer nur der Entwicklung folgen, vollzogene Wandlungen zum Ausdruck bringen kann. Darum wird auch die neue Bezirkseinteilung kein Werk für die Ewigkeit sein, sondern der Ausdruck des gegenwärtigen Zustandes und die Grundlage für die Entwicklung. Das dürfte manchem die Entscheidung leichter machen.

Dapen wird zeugen.

Auch Gaisl und Pland werden kommen.

Der Vorsitzende des Ueberwachungs-Ausschusses des Reichstags hat am Freitag den Reichsanwalt, den Reichsinnenminister sowie den Staatssekretär der Reichsanwaltschaft schriftlich in der Form der Strafprozessordnung aufgefordert, am Dienstag als Zeugen vor dem Ausschuss zu erscheinen. Das Kabinett hat beschlossen, daß die Geladenen mit Ausnahme des in Genf weilenden Reichsaußenministers dieser Zeugenladung Folge leisten. Im übrigen aber halten sie an ihrer Auffassung fest, daß die Mitglieder der Regierung im Sinne der politischen Vertretung erst dann in den Ausschüssen wieder erscheinen werden, wenn sowohl der Reichstagspräsident wie auch die Ausschüsse selbst sich auf den Standpunkt stellen, daß die in der letzten Reichstagsitzung erfolgte Zustimmung rechtsunwirksam sei.

Jorns wieder im Amt. Nach längerer Unterbrechung trat Reichsanwalt Jorns zum ersten Male wieder öffentlich als Vertreter der Reichsanwaltschaft in der Sitzung des 1. Strafsenats des Reichsgerichts auf. Jorns war im Zusammenhang mit seinem Prozeß beurlaubt worden, konnte aber seit längerer Zeit schon wieder inneren Dienst tun. Daß dieser Mann wieder als Reichsanwalt amtieren kann, ist auch ein Zeichen der Zeit!

Botschafterskab. Die angekündigten Ernennungen von Hoersch als Botschafter in London, Roland Köster in Paris, von Hoffel in Rom werden jetzt amtlich bekanntgegeben.

Die Partei im Kampfe!

Große Kundgebungen in Nord und Süd!

Mit sieben großen Versammlungen, in denen u. a. die Genossen Dr. Schumacher, Toni Sender, Fleißner und Döbbed sprachen, eröffnete die Dresdener Sozialdemokratie den Wahlkampf. Überall wurde das Ergebnis abgegeben, dem Faschismus in Deutschland seine erste Niederlage zu bereiten.

Im Belodrom zu Nürnberg versammelten sich viele hunderte Parteigenossen, um den Bericht des italienischen Genossen Wolfgang Dolez über die Untaten des Faschismus entgegenzunehmen. Die Versammlung, die tief unter dem Eindruck des Gehörten stand, eröffnete den neuen Kampf gegen den Faschismus in Deutschland.

In Saarbrücken sprach in einer großen Kundgebung der Eisernen Front Genosse Max Braun scharf gegen die Spaltungstendenzen der Kommunisten, welche immer aufs neue die Arbeiterklasse in ihrem Kampfe gegen die Gewaltpolizei von rechts schwächen.

Die Parteifunktionäre in Bremen schlugen einstimmig wieder den Genossen Faust als Spitzenkandidat des Bezirkes vor.

Die Chemnitzer Sozialdemokratie eröffnete den Wahlkampf mit einer großen Kundgebung im proletarischen Sonnenbergviertel. Die Genossen Uhlig und Petrich fanden mit ihrer Kritik der Naziumfälle stürmischen Beifall.

Ebenso kampfbegierig verliefen die Kundgebungen in der Rheinlandhalle in Köln, wo Genosse Hilferding gegen die

Dienste sprach, die die Kommunisten der Reaktion gestiftet haben, und in Stettin, wo Genosse Schumann die Schwächen und Rückzüge der Nationalsozialisten seit dem 31. Juli geißelte.

Bracht löst auf.

Erklärung des Reichsbanners gegen die Auflösung von Ortsgruppen.

Der stellvertretende Reichskommissar für Preußen, Oberbürgermeister Dr. Bracht, hat in den letzten Tagen die Ortsgruppe Richtenberg in Vorpommern und nach Pressemitteilungen auch die Ortsgruppe Ohlau des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ aufgelöst.

Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold ist der Ansicht, daß die Auflösungsgründungen absolut nicht ausreichen, um den Schritt des Oberbürgermeisters Dr. Bracht zu rechtfertigen. Das Reichsbanner wird daher unter Einlegung aller Rechtsmittel gegen die Auflösungsverfügungen des Oberbürgermeisters Dr. Bracht vorgehen.

Die Bundesleitung wird die betreffenden Gauen der aufgelösten Ortsvereine anweisen, sobald an die Neugründung von Ortsgruppen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in den betroffenen Orten heranzugehen.

Furcht vor der Öffentlichkeit.

Nazis lassen die Veröffentlichung ihrer „Geheimbefehle“ verbieten.

Braunschweig, 23. September. (Eigenbericht.)

Am Freitag erschien in der Redaktion des „Volksfreund“ in Braunschweig ein Gerichtsvollzieher in Begleitung von zwei Schutzpolizeibeamten, die einen Beschluss der 4. Zivilkammer des Landgerichts Braunschweig vorlegten, nach dem dem „Volksfreund“ bei Androhung einer Strafe von 500 Mark für jeden Fall der Zuwiderhandlung untersagt wird, in Zukunft noch Schreiben oder Geheimbefehle des braunschweigischen Sturmführers Rechtsanwalt Klipers und des zweiten Sturmbanns zu veröffentlichen. Als Bevollmächtigte des Sturmführers kamen der Bürovorsteher und ein Mann des Stabes mit Namen Buss, von dem die Polizei vermutet, daß er an den letzten Bombenattentaten in Braunschweig beteiligt war. Trotz des Protestes des Abgeordneten Thiesemann durchsuchten sie auch seinen Schreibtisch und sein Zimmer.

Gegen den Beschluss werden alle Rechtsmittel eingelegt. Die Durchsuchung war völlig ergebnislos.

In seiner neuen Nummer kündigt der „Volksfreund“ an, daß er nun dazu übergehen werde, in regelmäßigen Abständen Geheimdokumente des Braunen Hauses in München abzuveröffentlichen. Er beginnt am Sonnabend mit einem Befehl des Hauptmanns Röhm, der die Zusammenfassung der gesamten SA vor der ersten Reichspräsidentenwahl anordnete.

Es fracht in den Stürmen.

Die SA. in Zerschlagung.

Köln, 23. September. (Eigenbericht.)

In verschiedenen Städten des Rheinlandes fracht es bei den Nazis merklich. Erst vor kurzem sind in Köln zwei SA-Stürme aufgelöst worden. Jetzt kommen aus dem Oberbergischen Meldungen von Austritten aus den nationalsozialistischen Stürmen. So wurde der Sturm in einem Orte bei Summersbach infolge mehrerer Austritte so schwach, daß sein Rest dem Sturm in einem anderen Ort angegliedert werden mußte. In der Nazi-Hochburg Waldbröl hat der größte Teil der SA-Männer der Hitler-Partei ebenfalls den Rücken gekehrt.

Schlamm sieht es besonders auch in Bonn aus, das schon immer das Schmerzenskind der Nazis im Rheinland gewesen ist. Auch dort haben die ehrlichen Elemente die SA. und SS. bereits in großer Zahl verlassen. Gegenseitige Denunziationen usw. sind an der Tagesordnung. Sie zeugen von dem „echten Kameradschaftsgeist“, der die SA-Leute angeblich befeuert. Das Menschenmaterial, das jetzt noch in den „Stürmen“ vorhanden ist, ist so minderwertig, daß zu ihrer Reinigung eigens ein starker Mann aus Wachen nach Bonn geschickt wurde.

In Bueuel bei Bonn ist inzwischen festgestellt worden, daß sich ein früherer Separatist, der zurzeit des Separatismus im Rheinland französischer Staatsbürger gemorden ist und es heute noch ist, als eifriges Mitglied der SA. betätigt.

Glück auf den Weg.

Aus der Naturgeschichte eines „Bekehrten“.

Zur Vervollständigung des Charakterbildes jenes neugeborenen Naziführers Hermann Wächter, Mannheim, von dem der „Vorwärts“ vom 23. September 1932 schon berichtete, schreibt uns ein Berliner Parteigenosse:

Der „Tippelbruder“ Hermann Wächter war im Frühjahr d. J. auch in Berlin. Dort suchte er zunächst unsere Parteibeiträge auf. Er verstand das Schmorren meisterlich, gab sich als „alter Parteigenosse auf der Durchreise“ aus. Mancher von den sogenannten „Bonzen“ hat ihm einen blanken Fünzigger gegeben. Ja, die „Bonzen von Berlin“ können ihn gar nicht schlecht verlorst haben, sonst wäre er nicht wochenlang in unserem Gewerkschaftshaus geblieben.

Lustiges Ganovenstück.

Im Theater am Schiffbauerdamm.

„Kolonne Immergrün“, bestehend aus: Scheitelkari, Autojustar, Rosenfriede und vielen anderen, von Hans Brenner auf berlinisch talkowert, verliert Eindruck erst in eine Großbank und dann ins goldene Herz des Publikums. Harald Paulsen und Ute Trautshold standen erfolgreich Schmiere. R. Br.

Sie derjen wieder!

Die „Aufrechten“ wieder auferstanden.

Wie der „Vorwärts“ bereits mitteilte, ist von der kommunistischen Regierung gestattet worden, daß der „Bund der Aufrechten“ seine verdienstvolle Tätigkeit um die Befreiung der Nation wieder aufnehmen kann, nachdem sie ihm zehn Jahre lang verboten war.

Wer dieser „Bund der Aufrechten“ war und ist, geht nicht allein aus der Liste der Mitglieder, sondern auch aus den Veröffentlichungen seines Organs „Der Aufrechte“ hervor, als er noch in der Sünden Rattenbüste stand. Dies Organ schrieb in seiner Nummer 34 vom 21. August 1921 mit Bezug auf die damals in der Regierung der Republik sitzenden Männer:

„Statt an der Kaserne zu baumeln, leben jene Gauner und Verbrecher herrlich und in Freuden, während der anständige Mann in dieser Republik, dem Paradiese der Erpreßer und Schieber, stöhnend um sein Dasein ringen muß.“

Das stand, wie gesagt, am 21. August im Organ des „Bundes der Aufrechten“.

Am 26. August 1921 aber, nur fünf Tage später, streckten im Schwarzwald die Schüsse der Schulz und Tillejen den früheren Reichsminister Erzberger nieder!

Es war höchste Zeit, daß ein solcher Bund, der so hervorragend die Stimmung der Ministermörder „vorausahnt“, seine segensreiche Tätigkeit für die Nation wieder aufnehmen darf...!

Lesestube im Landtag.

Abgeordnete benehmen sich wie Schulbuben.

Der Preussische Landtag hat sich am Freitag auf unbestimmte Zeit vertagt. Der Präsident ist ermächtigt, von sich aus das Haus wieder einzuberufen, jedoch möglichst nicht vor Beendigung der Reichstagswahlen.

Vor Beendigung der Tagung beschlossen die „aufbauwilligen Kräfte“ und die Kommunisten, daß die preussischen Gemeindevahlen, die an sich erst 1934 fällig sind, bereits am 6. November mit den Reichstagswahlen vorgenommen werden sollen. Dieser Beschluß wird kaum rechtswirksam werden, da ihm der preussische Staatsrat widersprechen wird und er dann zu seiner Verabschiedung im Landtagsplenum eine Zweidrittelmehrheit benötigt, die nicht zu erwarten ist.

Die Vertagung des Landtags auf unbestimmte Zeit läßt im übrigen den Schluß zu, daß die Bestrebungen der Nationalsozialisten, schnellstens einen Ministerpräsidenten zu wählen, vorläufig als gescheitert zu betrachten sind. In den letzten Tagen haben darüber zwischen Zentrum und Nationalsozialisten wieder eingehende Besprechungen stattgefunden.

In den letzten Sitzungen hatten die Nazis eine neue Technik erprobt, um ihre „parlamentarische Legalität“ zu beweisen. Wenn sie einen Redner nicht zu Worte kommen lassen wollten, dann setzten sich einige Dugend von ihnen mit dem Rücken zum Präsidentensitz, damit der Präsident sie nicht erkennen konnte, und begannen, sich aus Zeitungsartikeln laut vorzulesen. Dadurch wurde der Lärm — verstärkt durch brüllende Jurose der übrigen Hakenkreuzler — so stark, daß der Redner sich nicht verständlich machen konnte.

Die undankbaren Brüder.

Der deutschnationale Abg. S t e u e r wurde von den Nazis niedergeböhrt und „Judenjunge“ tituliert.



O Harzburg, o Harzburg, du wunderschöne Stadt!

Neurath trumpft in Genf auf.

Aber hinter den Kulissen wird eifrig verhandelt.

Genf, 23. September. (Eigenbericht.)

Die Zeitung der deutschen Außenpolitik versucht auch in Genf den Anschein zu erwecken, als sei Deutschlands Position die stärkere und als müßte das Fernbleiben von der Abrüstungskonferenz die anderen Mächte zur Anerkennung der Gleichberechtigung zwingen, um Deutschlands unentbehrliche Mitarbeit wiederzuerlangen. In der Tat beschränkt sich die Taktik des Reichsaussenministers zunächst nach außen hin auf Abwarten. Er entwickelte heute der deutschen Presse nochmals, daß die deutsche Regierung nach ihrem mißglückten Verhandlungsversuch in Paris nunmehr warten müsse, bis die anderen zu ihr kämen.

Weder die theoretische Anerkennung der Gleichberechtigung, noch eine Aenderung der Prozedur in den Verhandlungen des Büros durch sofortige Inangriffnahme der politischen Fragen könne an Deutschlands Haltung etwas ändern. Ohne volle Anerkennung der Gleichberechtigung komme eine Rückkehr zur Teilnahme an den Büroitzungen nicht in Frage.

Indessen haben schon die Verhandlungen über die Grundlage für diese Rückkehr eingesetzt. Der englische Außenminister Sir John Simon hat Herrn von Neurath heute einen anderthalbstündigen Besuch abgestattet, der, entgegen allen Verlautbarungen, sehr erwünscht war. Trotz des Stillstehens, das über diese Verhandlung gebreitet wird, erfährt man, daß dabei das gesamte Gebiet der praktisch durchführbaren Abrüstung durchgesprochen wurde. Von beiden Seiten wurden angeblich noch keine bestimmten Vorschläge gemacht.

Sir John Simon hat aber seinen Plan einer Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung ohne das Recht der Ausrüstung ausführlich dargelegt.

Eine Fortsetzung der Aussprache wurde noch nicht verabredet, weil Simon das Ergebnis dieser Beratung mit dem französischen Kriegsminister Paul Boncour besprechen wird, ehe er weiter mit Neurath verhandelt. So dürfte der deutsche Einspruch doch wieder zu einem Handelsobjekt werden. In diesem Zusammenhang ist es sehr interessant, daß Litwinows Ankündigung im Büro, Deutschland werde wieder an den Beratungen teilnehmen, wenn das Büro beschliesse, die Rüstungen allgemein um ein Drittel herabzusetzen, jetzt eine besondere Beleuchtung erfährt. In Berlin hat der Reichsaussenminister mit Litwinow über die Abrüstung verhandelt, ehe dieser nach Genf fuhr. Wenn auch jetzt in Genf betont wird, Litwinows Ankündigung sei nicht der Sache entsprechend und genüge nicht, um Deutschland zur Rückkehr in die Büroitzungen zu veranlassen, so kann das doch nicht über die Sicherheit hinwegtäuschen, mit der Litwinow diese Ankündigung aussprach. Es ist vielmehr wahrscheinlich, daß die Reichsregierung sich in ihrer isolierten Lage trotz ihres betonten Glaubens an die stärkere Position Litwinows bedient hat als Vermittler einer Aenderung, die den Weg zurück vielleicht eben helfen könnte. Nach den Erfahrungen von Lausanne kann man bei dieser Regierung voraussehen, daß sie später selbst wieder mit ihren Vorschlägen für die eigene Rückkehr herauskommen wird.

Spiel mit Worten.

Auf die Tatsachen kommt es an!

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ schreibt:

Immer noch werden die Enthüllungen von Otto Wels über Hitler in der Presse erörtert. Merkwürdig nur, daß die, die es angeht, Nationalsozialisten und Zentrum, weiter schweigen, während Andersere die Richtigkeit der Enthüllungen von Otto Wels zum Teil bestreiten bzw. als nicht ganz den Tatsachen entsprechend bezeichnen. Wir betonen demgegenüber, daß Otto Wels an seinen Behauptungen festhält und sie durch kein Dementi, von welcher Seite es auch kommen mag, erschüttert werden können.

Das gilt auch von dem Dementi, das am Freitag vom Reichswehrministerium ausging und in dem der Versuch gemacht wird, die Feststellungen des sozialdemokratischen Parteiführers über einen Besuch Strahers bei Schleicher als falsch hinzustellen. Wels hatte zu diesem Besuch in der Berliner Sportpalast-Versammlung ausgeführt, daß Straher Herr von Schleicher gebeten hatte, seinem Freund Hitler die Unmöglichkeit seiner Kanzlerschaft klarzumachen. Das Reichswehrministerium sagt dazu:

„Gregor Straher hat den Reichswehrminister von Schleicher niemals aufgesucht. Damit entfallen alle Folgerungen, die an dieses Gerücht geknüpft worden sind.“

Das ist der Versuch, eine positive Behauptung mit Redensarten aus der Welt zu schaffen. Es kommt nicht darauf an, ob Herr Straher Herrn Schleicher „aufgesucht“ hat oder Herr Schleicher Herrn Straher. Das wesentliche ist auch nicht, wo die Besprechung stattgefunden hat und wie es zu ihr kam, sondern daß sie stattgefunden hat, und daß sie abgehalten wurde, wird in den Dementis des Wehrministeriums nicht bestritten, weil es nicht bestritten werden kann. Man dementiert lediglich, daß Herr Straher Herrn Schleicher „aufgesucht“ hat, eine Formalität, die nicht im geringsten gegen den Kern der Behauptung von Otto Wels spricht und insofern für die Sache selbst ohne jede Bedeutung ist. So sicher Herr Schleicher gegenwärtig Reichswehrminister ist, so sicher hat auch die Besprechung mit Straher stattgefunden. Allerdings nicht unter vier Augen, sondern in Gegenwart des christlichen Gewerkschaftsführers Imbusch, der sich in Begleitung von Straher befand.

Uebrigens hat sich der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald am Freitag gegenüber Vertretern der Zentrums Presse über „Das Ziel des Wahlkampfes“ geäußert und dabei auch Ausführungen über Sinn und Zweck der Koalitionssprache des Zentrums mit den Nationalsozialisten gemacht. Stegerwald war an diesen Gesprächen maßgebend beteiligt; er weiß also, was zwischen Zentrum und Nationalsozialisten in den letzten Wochen vorgegangen ist. Wenn er dennoch auf die Enthüllungen von Otto

Wels im Berliner Sportpalast nicht mit einem Wort eingegangen ist, so ist das der beste Beweis dafür, daß die Feststellungen von Wels in jedem Punkt der Wahrheit entsprechen und nicht dementiert werden können. Uebrigens eine Feststellung, die in maßgebenden Zentrumskreisen nicht bestritten, sondern ausdrücklich bestätigt wird.

Eine Ente ohne Beine.

Hitlers Leiborgan löst sich anschwindeln.

Das Münchener Hitler-Blatt hat sich eine Ente ausgebrütet, von der man nicht einmal sagen kann, daß sie kurze Beine hat — sie kann überhaupt nicht laufen. Es löst sich „von einem jüngeren deutschen Sozialdemokraten“ einen Brief über „tiefergehende Differenzen“ in unserer Partei schreiben, die er im Bezirksvorstand Groß-Berlin erlebt haben will. Er behauptet, dieser Bezirksvorstand Groß-Berlin bestünde aus 375 Mitgliedern, (1) die mit 358 gegen 17 Stimmen ein Nichttrauensvotum gegen den Parteivorstand angenommen und den sofortigen Rücktritt von Wels, Hilferding, Breitscheid und Stelling gefordert hätten. Dann wird der alte Schwindel

wieder aufgetischt, daß Seipart und Aufhäuser mit der Regierung Papen kühndelten; auch Verhandlungen mit Schleicher seien schon weit fortgeschritten. Ausschlaggebend für diese Haltung der Gewerkschaften sei ihre katastrophale Finanzlage, nachdem sie den letzten Wahlkampf der Sozialdemokratie mit der Riesensumme von über drei Millionen Mark finanziert hätten. Andererseits beziehe das Parteivorstandsmitglied Stelling ein Monatseinkommen von über 3000 M., ohne jedoch auch nur die geringste Zuwendung an Parteifreie zu machen. In gleicher Weise wird dann auch die Zeitung des Reichsbanners verdächtigt, daß sie im stillen den Papen-Kurs unterstütze. Schließlich wird noch dem Parteivorstand unterstellt, daß er in aller Stille ein Ausschlußverfahren gegen die Opposition eingeleitet habe, dem u. a. der Abgeordnete Seger, Major Hauff vom Reichsbanner und der Vorsitzende Ollenhauer von der SA, zum Opfer fallen sollen.

Wenn schon gelogen werden soll, muß es doch etwas schlauer ange stellt werden. Der erweiterte (!) Bezirksvorstand Groß-Berlin besteht nämlich aus 31 Mitgliedern und nicht aus 375 (!), er hat niemals eine Resolution gegen Wels und Genossen angenommen.

Die Parteivorstandsmitglieder wären sicher sehr froh, wenn sie nur die Hälfte des für Stellung angegebenen Monatseinkommens hätten. Wer das intim freundschaftliche Verhältnis des Genossen Ollenhauer, Seger u. a. zu sämtlichen Mitgliedern des Parteivorstandes kennt, wird auch über die Albernheit lachen von dem angeblichen Ausschlußverfahren; ganz abgesehen davon, daß Major Hauff niemals Mitglied der Sozialdemokratie, sondern Staatspartei war. So verhält es sich mit allen Angaben des interessanten Briefes. Genosse Aufhäuser wird sich besonders freuen, von seinen Verhandlungen mit Papen zu erfahren und die gleiche Ueberraschung dürfte Herrn Schleicher bei diesen „Enthüllungen“ befallen.

Das ganze ist offenbar erfunden, um die wild aufbegehrenden SA-Leute, die wütend sind über die dauernden Umsätze ihrer Parteileitung, mit Märchen über die Sozialdemokraten abzulenken. Aber so dumm hätte man es deshalb doch nicht anstellen brauchen, und wir verstehen, daß der „Bötsche Beobachter“ den Namen des kuriosen Briefschreibers sorgsam verschweigt.

Macdonald-Bloß vor dem Ende?

Samuel-Liberale und Snowden verlassen das Kabinett.

London, 23. September. (Eigenbericht.)

Der Austritt Sir Herbert Samuels, Archibald Sinclair und vier weiterer Minister der liberalen Gruppe Samuel sowie auch Snowdens, aus der Nationalregierung, gilt jetzt als sicher. Macdonald ist bereits von der Absicht des Rücktritts informiert. Offiziell soll der Rücktritt jedoch erst nach der Kabinettsitzung vom 28. September erfolgen. Als Nachfolger der ausscheidenden Minister werden Konservative genannt.

Diese seit Tagen in der Luft liegende Kabinettskrise ist in erster Linie eine Folge der schützlänerischen Beschlüsse der Reichskonferenz von Ottawa, die weit über das hinausgehen, was die „prinzipiellen“ Freihändler wie Snowden und Herbert Samuel an Abweichungen von ihren Grundfögen zugelassen wollten.

Es bleibt abzuwarten, welche Folgen das Ausscheiden einer wichtigen Gruppe aus der „nationalen Regierung“ Macdonalds nach sich ziehen wird. Das Kabinett ist vor Jahresfrist unter der Voraussetzung gebildet worden, daß die Liberalen auf lange Sicht mit den Konservativen in einer Koalition zusammenarbeiten. Der Zerfall dieser Koalition würde unter Umständen auch baldige Neuwahlen zur Folge haben.

Ministerium Hansson.

Das neue Kabinett in Schweden.

Stockholm, 23. September. (Eigenbericht.)

Die Ministerliste des sozialdemokratischen Kabinetts ist soeben fertiggestellt. Die Regierung wird geführt von Per Albin Hansson. Ihm gehören weiter an als

Außenminister Sandler,
Finanzminister Wigfor,
Innenminister Möller,
Justizminister Schlipper,
Landwirtschaft Sköl,
Verkehr Leo,
Handel Egmann,
Kulturminister Engberg,
Verteidigung Wennerisen.

Außerdem sind zwei Minister ohne Portefeuille, darunter der frühere Außenminister Unden, bestellt.

„Ballon“

für das Fahrrad

„Type Aero“ für das Auto

Massenentlassungen bei der AEG.

Ist das „Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit?“

Ramhafte industrielle Unternehmungen scheinen den gemäßigten Wirtschaftsoptimismus des Herrn von Papen keineswegs zu teilen. So werden beispielsweise die Massenentlassungen bei der AEG, unbeeirrt fortgesetzt, eine Maßnahme, die offenbar auf eine reichlich pessimistische Beurteilung der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung zurückzuführen ist. Mitte September sind bei der AEG etwa weitere 600 Angestellten-Kündigungen zu nächstzulässigen Terminen ausgesprochen worden, nachdem in der Zeit vom 1. August 1931 bis zum 1. August 1932 schon eine bedeutende Verminderung der Belegschaftsziffern Platz gegriffen hat. In dem angegebenen Zeitraum hat die AEG ihre Angestellten-Belegschaft

von 10 600 auf 6000, also um 4600 vermindert.

das ist um 43,5 Proz. In diesen Zahlen sind nicht enthalten die Kündigungen, die zum Ultimo Oktober bzw. Ultimo Dezember wirksam werden und schon früher ausgesprochen wurden. In dem gleichen Zeitraum ist die Arbeiter-Belegschaft von 17 600 auf 9000 zusammengekrumpft, also um 8600, das sind 48,75 Proz. Die jetzt neu ausgesprochenen Massenentlassungen von Arbeitern und Angestellten verschärfen diese an sich ungünstigen Verhältnisse noch bedeutend. Nach den Eintragungen im Handelsregister gab es bei der AEG am 1. August 1932 drei ordentliche und zehn stellvertretende, also insgesamt

13 Vorstandsmitglieder und 136 Prokuristen und Direktoren.

Zu dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres weist das Handelsregister 15 Vorstandsmitglieder und 142 Prokuristen und Direktoren auf, so daß dem Grundgedanke der „Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit“ bei dieser Kategorie von Angestellten fast hundertprozentig Rechnung getragen wurde. Diese Tatsache muß von den Tausenden von arbeitslos gewordenen Arbeitern und Angestellten der AEG geradezu als eine Prosoziation empfunden werden. Ein besonderes Kapitel bilden die Ausgaben der AEG für Pensionierung leitender Persönlichkeiten und deren Hinterbliebenen. Bisher ist die AEG dem hartnäckig immer wieder auf-tauchenden Gerücht, daß die Witwe des verstorbenen Geheimrats Deutsch

eine Jahrespension von 300 000 M.

bezieht, niemals entgegengetreten. In den letzten vier bis fünf Jahren sind mehrere Vorstandsmitglieder verstorben oder aus der AEG ausgeschieden. Wenn sie oder ihre Angehörigen ähnliche Bezüge erhalten, so begreift man, warum die AEG Tausende von Arbeitern und Angestellten brotlos machen mußte. Es sollen Verträge vorliegen, die für die AEG rechtsverbindlich sind, so daß sie angeblich an diesen Bezügen nichts zu ändern vermag. Sind solche Verträge aber angesichts der ungeheuren Not nicht als sittenwidrig zu bezeichnen, und war es nicht geradezu ein

Verbrechen, solche Verträge überhaupt abzuschließen? Verständlich wird allerdings, warum die Herren Direktoren

mit solchen Verträgen in der Tasche Gegner des Kündigungs-schutzgesetzes für ältere Angestellte

sind. Mit solchen Sicherheiten ist man auf diese sozialen Einrichtungen freilich nicht angewiesen. Im übrigen beschränken sich die in den letzten Jahren ausgeschiedenen und pensionierten Vorstandsmitglieder nicht darauf, ihre zweifellos ausreichende Pension zu verzehren, vielmehr sind die Herren Peterls, Pfeiffer, Hirschberg usw. auch heute noch in Brunnzimmern des Verwaltungsgeländes entweder für die AEG selbst oder für eine ihrer zahlreichen Tochtergesellschaften tätig. Dabei darf man angesichts der bisher von diesen Herren an den Tag gelegten Bescheidenheit wohl nicht annehmen, daß es sich um eine rein ehrenamtliche Tätigkeit handelt. Es handelt sich um Herren, die fast durchweg das 60. Lebensjahr weit überschritten haben, während bei den „kleinen“ Arbeitern und Angestellten die Leistungsfähigkeit bereits bei einem Lebensalter von 45 Jahren als wesentlich vermindert gilt. Es erscheint durchaus nicht als ausgeschlossen, daß demnächst

sich die AEG als notleidender Betrieb deklariert.

um die für diesen Fall in der Notverordnung vorgesehenen Kürzungen der Tarifföhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten durchzuführen. Schon deshalb ist es notwendig, diese skandalösen Zustände in die Öffentlichkeit zu bringen. Die Arbeiter und Angestellten müssen aus diesen Erscheinungen die richtigen politischen und gewerkschaftlichen Schlussfolgerungen ziehen.

Auch die Großbanken entlassen.

Die Deutsche Bank- und Disconto-Gesellschaft kündigt an, daß sie 200 Angestellte entlassen müsse. Diese Entlassungen könnten nur vermieden werden, wenn die Arbeitszeit auf 44 Stunden herabgesetzt und gleichzeitig über die Gehälter um 4 Proz. gekürzt würden. Von einer Kürzung des immer noch stark überlegenen Leistungsapparats ist keine Rede. Und doch könnte hier ein verhältnismäßig geringer Abbau die Gehaltskürzung überflüssig machen.

Man muß sich fragen, ob die Subventionen an die Banken gegeben worden sind, um die hohen Direktionsgehälter beizubehalten und Massenentlassungen von Angestellten vorzunehmen. Man muß sich auch fragen, ob der Staat diese Subventionen gegeben hat, damit die Banken das Programm der Reichsregierung der Erhaltung und Vermehrung von Arbeitsgelegenheit sabotieren.

Auch die Commerzbank will 100 Angestellte in der Zentrale entlassen und etwa 60 in den Berliner Depositionskassen. Außerdem sollen etwa 25 Angestellte pensioniert werden. Was oben von der DD-Bank gesagt worden ist, gilt auch für die Commerzbank.

Schleicher wie Schäffer.

Arbeiterorganisationen sind unerwünscht.

Der neue Regierungskurs in Deutschland zeitigt immer schönere Blüten. So hat jetzt das Reichswehrministerium Tarifverhandlungen mit dem Deutschen Landarbeiter-Verband abgelehnt.

Der Deutsche Landarbeiter-Verband stand mit den staatlichen Remonteamttern Ferdinandshof und Reuhof-Treptow in der Provinz Pommern, die dem Reichswehrministerium unterstellt sind, seit über einem Jahrzehnt im Tarifverhältnis. Die Verhandlungen über die jeweiligen Neuabschlüsse fanden immer direkt mit den Verwaltungen der beiden Remonteamttern statt und führten stets zu einer Verständigung. Jetzt haben die Verwaltungen der Remonteamttern die Tarifverträge mit der Erklärung gekündigt, daß sie Mitglieder des Pommerschen Landbundes geworden sind und Verhandlungen über den Neuabschluß der Tarifverträge nur mit dieser Organisation zu führen gedenken.

Der Deutsche Landarbeiter-Verband hat daraufhin das Reichswehrministerium auf die tariffeindliche Einstellung des Pommerschen Landbundes hingewiesen, die dazu führte, daß in der Provinz Pommern fast alle bestehenden Tarife Zwangsverträge sind, und geben die Verwaltungen der Remonteamttern Ferdinandshof und Reuhof-Treptow anzuweisen, die Verhandlungen über den Neuabschluß eines Tarifvertrages auch in diesem Jahr wieder direkt mit dem Deutschen Landarbeiter-Verband zu führen, oder aber im Ministerium selbst Verhandlungen anzuflehen. Das Reichswehrministerium hat darauf wie folgt geantwortet:

„Auf das Schreiben vom 20. August 1932 teile ich mit, daß die Remonteamttern Ferdinandshof und Reuhof-Treptow Mitglieder des Pommerschen Landbundes geworden sind, und daß nunmehr die vom Landbund abgeschlossenen Tarifverträge auch für die genannten Remonteamttern ohne weiteres Anwendung finden. Verhandlungen über Tarifverträge kommen daher für die genannten Remonteamttern oder für mich nicht mehr in Frage.“

Mit diesem Bescheid deckt das Reichswehrministerium das Verhalten der genannten Remonteamttern. Das Reichswehrministerium heißt also die reaktionäre und tariffeindliche Einstellung des Pommerschen Landbundes gut und legt auf den Verkehr mit einer völlig selbständigen und von den Unternehmern absolut unabhängigen Arbeiterorganisation, wie der Deutsche Landarbeiter-Verband eine ist, keinen Wert. Aber wenn der Reichsarbeitsminister die selben empfängt und sogar zu sich bittet, kann man vom Reichswehrminister nichts anderes erwarten. Diese arbeiterfeindliche Haltung kann sich noch bitter rächen.

Reeder sabotieren Papen.

Aber die Prämien möchten sie einstecken.

Der Verband deutscher Reeder hat endlich seine Vorschläge für die Erneuerung des Mantel- und Heuertarifes den Arbeiterorganisationen bekanntgegeben. Während für die Frachtpass- und Frachtschiffe der großen Linienfahrt eine Verlängerung der jetzt geltenden Heuertarife um 2 Monate vorgeschlagen wird, werden für die Große Trampfahrt, ferner die gesamte Mittlere und Kleine Fahrt außerordentlich weitgehende Abbaumünste vorgeschlagen, die noch dadurch verschärft werden, daß in der Einteilung der Fahrtgrenzen und Schiffsgrößen grundlegende Änderungen gefordert werden. Die Abbaumünste gehen zum Teil bis zu mehr als 40 Proz. Dazu kamen dann noch Verschlechterungen infolge Änderung der Fahrtgebiete.

Der Manteltarif soll für alle Schiffe, also auch für die Große Linienfahrt gelten. In ihm sollen vor allem die Zu-

schläge zur Tarifsteuer, auf Motorschiffen, in der Auslandsbasisfahrt und nach 1½-jähriger Abwesenheit vom deutschen Hafen wegfallen. Die Arbeitszeiten sollen wesentlich verlängert, die Besatzungsstärke weiter verringert werden.

Dieser Teil der Forderungen dürfte auch außerhalb der seefahrenden Bevölkerung auf scharfen Widerspruch stoßen, weil er in striktem Gegensatz zu der Absicht der Reichsregierung steht, die bestehenden Arbeitsplätze zu erhalten und zu vermehren. In der Aussprache der seemannischen Verbände und des Verbandes deutscher Reeder mit Vertretern des Reichsarbeitsministeriums über die Anwendung der Notverordnung auf die Seeschifffahrt war die Erwartung ausgesprochen worden, daß die Beteiligten der Absicht des Seefahrers beim Neuabschluß des Tarifes selbst Rechnung tragen würden, so daß sich die Anwendung der Notverordnung erübrigen könne. Der Verband deutscher Reeder bewegt sich mit seinen Anträgen in gerade entgegengesetzter Richtung. Er möchte zwar die Vorteile der Notverordnung genießen, aber die Pflichten, die sie ihm auferlegt, nicht erfüllen. Im übrigen werden fast in allen Positionen des Manteltarifs entscheidende Verschlechterungen gefordert.

Konflikt im Töpfergewerbe.

Achtung vor Puscharbeit!

Die im Baugewerksbund organisierten Berliner Töpfer haben in einer Mitgliederversammlung zu der Lohnabbauperordnung der Weisregierung ebenfalls Stellung genommen. Nach einem instruktiven Referat des Fachgruppenleiters Dreher über die Auswirkung der Verordnung nahm die Versammlung einstimmig eine Entschlüsselung an, in der gegen die Notverordnung scharfstens protestiert und von den Versammelten der Beschluß des ADBB lebhaft begrüßt wird, daß gegen die Lohnkürzungen auf Grund der Notverordnung von den Gewerkschaften mit allen Mitteln angekämpft werden soll.

Die Versammelten nahmen weiterhin scharf Stellung gegen das Bestreben einzelner Unternehmer, die, gestützt auf die große Arbeitslosigkeit, den Tarifvertrag für das Töpfergewerbe zu durchbrechen versuchen. Die freigewerkschaftlich organisierten Töpfer richten an die Berliner Bevölkerung die Aufforderung, darauf zu achten, daß bei Reparaturen an Öfen und Herden keine Puscharbeit geleistet wird, wie es durch die Fachgruppenleitung in letzter Zeit vielfach festgestellt wurde. Sie erwarten, daß sich die Bevölkerung bei derartigen Reparaturen nur geforderter Dfenseher bedient, die mit dem Ausbau der Öfen Bescheid wissen und für sachgemäße Reparaturen bürge

Sonderbare Personalpolitik.

Die Reichsanstalt entläßt.

Zur Zeit werden in der gesamten Reichsanstalt wieder hunderte Angestellte auf die Straße gesetzt. Teils sind es vor kurzem eingestellte Zeithilfen, die die durch die Papen-Verordnung entstandene zusätzliche Arbeit bewältigen helfen mußten, teils sind es langjährige Angestellte, die dem Phantom „Rekziffer“ zum Opfer fallen.

Wenn auch die Ziffer der unterstützten Arbeitslosen in der Reichsanstalt dank der Papenschen „Reorganisation“ etwas zurückgegangen sein mag, so ist doch die Arbeit auf den Arbeitsämtern durch dieselbe Notverordnung so vermehrt worden, daß man noch 10 Proz. des Personalbestandes neu einstellen müßte, wenn man die glatte Abfertigung der Arbeitslosen endlich erreichen will. Schon allein die Einstellung der Hilfsbedürftigkeits-

prüfung durch die Wohlfahrtsämter hat die Arbeit der Arbeitsämter erheblich vermehrt.

Man kennt sehr wohl diese zusätzliche Arbeit, die die Ämter nicht mehr bewältigen können. Reichsprüfer und Prüfer der Landesarbeitsämter stellen statistisch fest, wieweit Ueberarbeit zusätzlich entstanden ist. Den Angestelltenorganisationen hat man versprochen, nach Zusammenstellung dieser Erhebungen über eine neue Rekziffer für die Personaleinstellung zu verhandeln. Aber solange nicht die Ergebnisse der Prüfungen vorliegen, ist eben keine Mehrarbeit festzustellen.

Wenn man es richtig nimmt, schafft die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung auf diesem Wege „Arbeit“, allerdings in diesem Falle nur für sich selbst, denn die Entlassenen sind morgen unterstützte Arbeitslose.

Einigung im englischen Weberstreik?

London, 23. September.

Die von der Regierung nach Manchester einberufene Vermittlungskonferenz im Weberstreik in Lancashire kam am Freitag zu einer Einigung in der Lohnfrage. Beide Seiten stimmten der von dem Unterausschuß vorgeschlagenen Lohnherabsetzung um durchschnittlich 8,5 Proz. zu. (Die Unternehmer wollten die Löhne um 12½ Proz. kürzen.) Damit ist der hauptsächlichste Streitpunkt beigelegt. Der Streik dürfte in allernächster Zeit beendet sein. Die Konferenz hat sich noch mit der Frage der Wiedereinstellung von Webern zu befassen, die bei früheren Lohnfreistellungen entlassen worden waren. Man hofft auch hier bald eine Einigung zustandzubringen.

Zum Streik bei D. Eisner.

Achtung vor Streikarbeit.

Wie uns von der Streikleitung mitgeteilt wird, werden bei der Firma Eisner folgende Zeitschriften um hergestellt: Im Buchdruck: Deutsche Arbeitgeber-Zeitung, Berichterstattende Woche, St. Georg, Freiseur-Zeitung, Bildungs-Zeitschrift, Deutsche Post, Der Bahnbau, Der Papierfabrikant, Deutscher Drucker, Fortschritte der Medizin, Photofreund, Der Kinomaneur, Salamander-Katalog, Telefon-Katalog und Preisliste, Der Arbeitgeber, Die Reichsbahn, Eisen-Zeitung, Der Deutschen Spiegel, Beamten-Bund, Das Baugewerbe, Allgemeine Automobil-Zeitung, Beamten-Jahrbuch, Groß-Berliner Verzie-Blatt, Photomontage, Photofreund-Jahrbuch 1933, Kinetik, Shell-Führer, laufende Arbeiten für die Firmen Bauer u. Co. (Sanalogen) und Schering-Kahlbaum. Im Tiefdruck: Zeit im Bild, Leben im Bild, Landwirtschaft und Gartenbau, Bildbericht, Apotheker-Zeitung, Woche im Bild, Wort und Bild, Sparlosensbote, Friedrich-Wilhelm-Versicherungs-A.G.

Jubiläumstagung der Justizwachmeister.

Der vor 25 Jahren gegründete Reichsverband Deutscher Justizwachmeister hielt in Berlin seine Jubiläumstagung ab. Der Verband umfaßt mit seinen 3000 Mitgliedern den größten Teil der unteren Beamten bei den deutschen Justizbehörden. Der Verbandsvorsitzende Paul Schmidt-Berlin wies in seiner Eröffnungsrede auf die Bedeutung der Berufsgruppe der Justizwachmeister hin.

Nach den Begrüßungsansprachen entwickelte der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, Falkenberg, die politische Linie, die heute von den Beamten eingehalten werden müßte. Die Organisationen der Beamten sollten keine Parteipolitik treiben. Aber es könne den Beamten nicht gleichgültig sein, was in der großen Politik geschehe. Sie verwahrten sich dagegen, daß das Parteibuch entscheidend sei für den Abbau der Beamten. Nur die Frage des Geeignetseins müsse hier maßgebend sein. Auch das Wort Freiheit dürfe nicht aus dem Wortschatz des Beamten gestrichen werden. Der einzige Weg, der sozialpolitisch und wirtschaftlich erträgliche Verhältnisse für die Beamten sichere, führe das Volk über die Parlamente. Mit aller Entschiedenheit müsse sich die Beamtenchaft dagegen wenden, daß, wie es doch scheine, die Absicht bestehe, für die Beamten die Verhältnisse aus der Vorkriegszeit wieder herbeizuschaffen. Statt die Selbstverwaltung zurückzudrängen, müsse man die Beamten zu selbständiger Arbeit erziehen. Das zur Zeit wichtigste Ziel für die Beamtenverbände sei die Schaffung von Rechtsgarantien für die Beförderung und Unterbringung der durch die Notverordnung überzählig gewordenen Beamten. Wenn die Beamtenchaft sich jetzt durch Nichtstimmungen verhalten ließe, ihre Organisation aufzugeben, würde sie auf der sozialen Stufe immer tiefer hinabgleiten.

Chinesisches.

Textilarbeiterlöhne um 8 Prozent erhöht.

Schanghai, 23. September.

Amlich wird gemeldet, daß der Streik in den Baumwollspinnereien, an dem 10 000 Arbeiter teilgenommen haben, am Freitag beendet wurde. Die Unternehmer haben beschlossen, die Löhne um 8 Proz. zu erhöhen. Die Betriebe hoben sofort die Arbeit ausgenommen.

Für den Siegerländer Erzbergbau fällt der Schlichter am Freitag einen Schiedspruch, der den bisherigen Manteltarif bis Ende März 1933 mit folgenden Änderungen verlängert: Bei geleglicher oder tariflicher Änderung der Arbeitszeit soll über den Lohn aus vor Abruf des Lohns tarifs verhandelt werden. Die Urlaubsvergütung des laufenden Urlaubsjahres wird um 25 Proz. gekürzt. Eine Verfallsklausel setzt eine Frist von drei Monaten zur Wahrung von Ansprüchen aus den Tarifen gegenüber dem Arbeitgeber fest. Die Parteien vereinbarten noch, daß beim Zustandekommen des Rahmentarifs auch das Mehrarbeitsabkommen bis zum 31. März weiterlaufen soll.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Sonnabend, 1. Oktober, in der Heinrich-Schliemann-Schule, Berlin N., N. 10, 11 (N. Bahnhofs-Korridor, S. Bahnhofs-Schänke) ab 8 Uhr. 3 Stunden physikalisch-technische Demonstrationen. Saalöffnung 10 Uhr. Beginn pünktlich 10½ Uhr. Unkostenbeitrag 30 Pf.

Der „Abend“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage „Wort und Zeit“.

Abonnementpreise: Die einpalt. Wochenschrift 30 Pf., Halbjahres 2.- M., „Kleine Ausgaben“ das festgedruckte Wort 20 Pf. (auflöslich zwei festgedruckte Worte) jedes weitere Wort 10 Pf. Abhalt laut Tarif, Worts über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Wochenschrift 25 Pf. Familienanzugehen Wochenschrift 10 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft: Lindenstraße 2, wochentlich von 9 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmigter Anzeigen vor!

Verantwortlich für Inhalt: Dietrich Schill, Mitglied d. Reichsbanner-Gewerkschaftsbewegung; J. Steiner; Verleger: Herbert Reppert; Katalog und Sonntags: Fritz Kersch; Anzeigen: Otto Bengt; sämtlich in Berlin. Verlag: Wortverlag-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Sonntags-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, Siegen 2 Beilage.

So leben Menschen!

Ein Gang durch die Elendswinkel im Berliner Osten.

Die Straßen der Armut haben ihr besonderes Gesicht: Duster, weil die Sonne keinen Eingang findet, dumpf, weil die hohen, alten Mietkasernen, eng aneinandergedrängt, Luft und Licht verstopfen, und amiesenhöft belebt von Menschen, deren Plattform immer enger wird. . . .

Ob man in die Hauseingänge der Weber- oder der Rüdersdorfer Straße, der Lange- oder der Paul-Singer-Straße sieht, das Bild ist stets daselbe. Die Garderobe geht meist noch; dann aber wird's von Hof zu Hof — und es sind gerade in diesem Viertel drei und vier Höfe keine Seltenheit — trüfter, Hauswände, die aus tausend Wunden bluten, zerfallene Fensterscheiben, vielfach durch Bretter ersetzt. Auf jedem Hof ein großer Holzkasten, das viertürige Gemeinschaftsklosett, für jedes Stockwerk eines. Das bucklige Pflaster durchzieht Gerinnsel einer trüben Flüssigkeit, die dem hochaufgetürmten Müllimer oder dem Kuhstall entspringt. Der Ausblick von Hof 1 bis Hof 4 fällt einzig und allein auf diese trostlose Szenerie. Wieviel Bewohner solch eines Riesenhauses ihn genieschen, davon spricht der stille Portier im Hauseingang, der 13 Bierreihen von Namensschildern pro Gebäude (Vorderhaus, Quergebäude und Seitenflügel) zeigt. Das sind aber noch lange nicht alle, die da wohnen, denn einmal gibt es Hauswirte, die für diese häusliche Bisttentarte 25 Pfennig kassieren, und wer sie nicht bezahlt, der bleibt eben ungenannt; dann nennt der Name ja stets nur den Wohnungsinhaber, ohne Familienmitglieder und Untermieter. Die Personenzahl solch einer großen Mietskaserne bewegt sich zwischen 400—700 Menschen. Wie ist das möglich? Sehr einfach. Die „Raumnutzung“ eines solchen Ameisenbaues geht — in des Wortes strengstem Sinn — ins Unfassbare. Zuerst einmal ist das Haus vom Boden bis zum tiefsten Kellerloch bewohnt, und dann beträgt die Mindestbewohnerzahl einer Wohnung von Stube und Küche 3—4 Personen, es gibt aber auch Wohnungen in dieser Größe, wo 6, 8 und auch 10 Menschen hausen.

Mietwucher mit Kellerlöchern.

Wo die kleine, braune Holztür feistlich des Treppenaufganges hinführt, läßt sich nur mit Hilfe eines Streichholzes ermitteln; die winzigen, vergitterten Fensterchen, dreiviertel unter der Erde, ermöglichen auch keinen Einblick ins Innere. Die Flamme weist den Weg über ein paar Stufen und man steht wiederum im Dunkeln, tappt sich an der Wand entlang, dann findet man eine Tür. Es wird kaum um einen Schein heller, wenn diese sich öffnet, denn drinnen herrscht die gleiche Dunkelheit. Kinderlachen, Säuglingsquälen, ein kategorisches mütterliches Ruhegebot, man wird freundlich zur Besichtigung der Räume gebeten. Zuerst kommt die Küche, die nur an der baufälligen Kochmaschine kenntlich ist, und einigem spärlichen Geschirr. Vorkäufig sieht man aber von all dem Jammer oftmals nichts, bis sich das Auge an die Finsternis gewöhnt hat. Freundlich deutet die Frau auf den einzigen Stuhl, der sich im Raum befindet; an der einen Wand steht ein altersschwaches Sofa, unter dem Fenster ein kleiner Tisch, Schluß. „Wir sind fünf Personen“, erzählt die Frau, das Jüngste ist ein Jahr alt (bald ist ein noch Jüngeres da. Wo wir schlafen? Hier!“ Dabei zieht sie einen Vorhang beiseite, dahinter ist wiederum ein schwarzes Loch. Eine kleine Petroleumlampe erhellt jetzt die Schlafzimmerecke: Zwei alte Kinderwägelchen, eine Vage-statt aus Stoffresten bereitet, in der Ecke ein winziger Kanonenofen und ein paar Stüchchen Holz, quer durchs Zimmer ist eine Leine gespannt, auf der die arbeitsamen Kleiderlumpen hängen. Dafür müssen die Leute 25 Mark im Monat bezahlen. Der Mann verrichtet augenblicklich Notstandsarbeiten, die aber bei Eintritt des schlechten Wetters ihr Ende haben. „Wenn wir uns bloß einen Schrant

kaufen könnten, alles was man anzieht, ist feucht, stöckig. Aber gut, daß ich wenigstens ein altes Bett getriegt habe, ein ganzes Jahr habe ich mit meinem Jüngsten auf der Erde schlafen müssen.

Gelähmter Mann mit Frau und 3 Kindern.

Eine Straße weiter. Im letzten Hof führt eine kleine Tür direkt in eine Wohnung. Stube und Küche bewohnen fünf Menschen. Der Mann gelähmt, Frau und drei kleine Kinder. „Mutter, Hunger“, schreien sie wie aus einem Munde, drei kleine, bleiche Ge-



Elendshof in der Weberstraße

schöpfe, dünnbeinig, mit großen Köpfen und tiefliegenden Augen. Es ist Mittag, und Mutter serviert: Ein Stück Brot für jedes, darauf ganz dünn Margarine, dazu eine Tomate. „Wir essen erst abends, wenn mein Mann zurück kommt; er ist mit dem Selbstfahrer ein bißchen in die Sonne gefahren.“ Bei dieser Erklärung wird das blasser Gesicht der Frau von einem zarten Rosa überflutet. Das mit dem richtigen Abendessen stimmt natürlich nicht, aber das ist eine, die ihren Jammer niemand preisgibt. Durch die schlecht schließende Tür kommt ein leiser Zug, ebenso durch die Fenster. „Im Winter ist's hier wohl sehr kalt?“ „O ja“, antwortet die Frau, aber mehr auch nicht. Was nützen sie die monatlichen zwei Zentner Briketts? Die reichen ja nicht für eine Woche. Und wenn die Zeit der billigen Tomaten vorbei ist, dann bleibt eben nur noch die Margarine, und wer weiß wie lange noch? Auch hier ist die Miete von 18 M. reichlich bemessen.

Ein winziger Ausschnitt aus dem Riesengemälde „Not“. Das sitzt und darbt und bangt vor einem noch schrecklicheren Winter...

zu haben und behauptet haben soll, daß der Wirt an jenem Abend die Waffen verteilt habe.

Weiß geringen Wert das Wiedererkennen der Angeklagten durch die Nazizugehen hat, erhellte schlaglichtartig eine Episode aus der gestrigen Verhandlung. Der verlesene Kwiatkowski wollte in dem Angeklagten Heine einen der Schützen erkannt haben. Er behauptete, auf diesen Angeklagten die Polizei bereits am Abend der Tat hingewiesen zu haben; Heine sei auch damals verhaftet worden. Es stellte sich nun heraus, daß der auf Veranlassung Kwiatkowskis Verhaftete gar nicht Heine, sondern ein gewisser Rosenau gewesen war. Dieser Rosenau erschien auch gestern als Zeuge vor Gericht. Kwiatkowski hat sich also in der Person Heines geirrt. Trotzdem wollte er ihn auch vor Gericht als Schützen wiedererkennen.

Die Verhandlung geht heute weiter.

Berleumderprozeß vertagt.

Dr. Weiß gegen „Angriff“ erst wieder am 4. Oktober.

Der Prozeß gegen die „Angriff“-Redakteure Dr. Cippert und Krause wegen Beleidigung des Polizeipräsidenten Orzelski und des Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß ist gestern nachmittag bis zum 4. Oktober ausgesetzt worden, weil verschiedene Zeugen zur Zeit verreist sind und zu keinem früheren Termin in Berlin erscheinen können.

In der gestrigen Nachmittagsverhandlung wurden mehrere Zeugen zu dem von den Angeklagten eingebrachten Beweisanspruch gehört, daß bei einer Konzeptionserteilung für den „Wunderland“-Betrieb am Kurfürstendamm der Bruder des Dr. Weiß, Conrad Weiß, die Hand im Spiele gehabt habe. Hierzu wurde Stadtrat Badtke vom Bezirksamt Charlottenburg vernommen, der u. a. erzählte, daß Conrad Weiß in der Angelegenheit nicht bei ihm gewesen sei. Von anderen Interessenten habe er, Stadtrat Badtke, aber gehört, daß Conrad Weiß sich gewerbs- und gewohnheitsmäßig als Mittelsmann bei der Erteilung von Schank- und Baudispenzen beschäftigte. Stadtrat Zimmermann vom Bezirksamt Charlottenburg war ebenfalls nicht bekannt, daß der Name Conrad Weiß in dieser Angelegenheit genannt worden sei. Die Dispenzen seien überhaupt dadurch ermöglicht worden, daß der damalige Leiter des Polizeiamts Charlottenburg, Regierungsrat Bloch, von dem Hauseigentümer Lachmann hinter das Licht geführt worden sei. Vorfr.: „Haben Sie Anhaltspunkte dafür, daß der Polizeivizepräsident Dr. Weiß mit der Angelegenheit zu tun hat?“ Zeuge: „Nein, das habe ich nicht.“ Auch Regierungsrat Bloch erklärte als Zeuge, daß er das Opfer einer Täuschung Lachmanns geworden sei, daß Dr. Weiß mit der Angelegenheit aber nichts zu tun gehabt habe. Der Eigentümer Lachmann erklärte, daß er Conrad Weiß nie gesehen und auch nur einmal mit dem Polizeipräsidenten gesprochen habe. Daß er sich guter Beziehungen zu verschiedenen Ministern gerühmt habe, bestritt er. Dr. Weiß bestätigte schließlich die Aussage von Regierungsrat Bloch, daß er in der Angelegenheit fast gar nicht tätig gewesen sei und betonte, daß er der ganzen Konzeptionserteilung in Sachen „Wunderland“ ablehnend gegenübergestanden habe.

36 Vergiftungen in Charlottenburg.

Keine Lebensgefahr für die Erkrankten.

Nach den Feststellungen der Behörden sind von den Fleischvergiftungen in Charlottenburg bisher insgesamt 36 Personen betroffen, von denen drei ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Der zuständige Kreisarzt hält die Hauskranken unter Beobachtung und wie wir erfahren, sind in einigen Fällen bereits leichte Besserungen im Befinden der Erkrankten zu verzeichnen. Die bakteriologische Untersuchung durch den Kreisarzt des Polizeiamts Charlottenburg-Tiergarten, Medizinalrat Dr. Krämers, hat ergeben, daß die Krankheit, die sich in starkem Brechreiz und Schwächezuständen äußert, der sogenannte Paratyphus Bärtner ist. Das infizierte Fleisch ist von dem betreffenden Schlachter ordnungsmäßig auf dem normalen Wege aus dem Viehhof bezogen worden, so daß ihm keine Schuld trifft. Es ist Gegenstand weiterer Ermittlungen, festzustellen, von welchem Großschlächter oder Produzenten das Fleisch stammt. Eine weitere Ausdehnung der Erkrankungen ist nicht zu befürchten, da alle infizierten Fleischwaren inzwischen beschlagnahmt worden sind.

Beseitigung einer Unfalldecke.

Sperrung der Langenscheidt-Brücke in Schöneberg.

Seit Jahren ist die Langenscheidtbrücke, die Verbindung der Langenscheidtstraße zur Siegfriedstraße in Schöneberg über die Wannseebahn hinweg, eine gefährdete Verkehrsecke, an der sich infolge ihrer Unübersichtlichkeit, ihres starken Gefälles und des viel kritisierten Kutschpflasters zahlreiche Unfälle ereignet haben. Das zu beiden Seiten der Wannseebahn liegende Gelände der Reichsbahn ist mit kleinen Bäumen und Holzhäuschen bebaut, die den Fahrzeugführern die freie Sicht über den Ausgang der Brücke nehmen. Schon vor einigen Jahren ist die Polizeibehörde an die Reichsbahn mit dem Ersuchen herangetreten, aus Gründen der Verkehrssicherheit die kleinen Bauten abreißen zu lassen. Die Reichsbahn hat das immer wieder abgelehnt, mit der Begründung, daß sie aus finanziellen Gründen auf die Pachteinahmen nicht verzichten könne. Die Häufung der Verkehrsfälle gerade an der Ecke der Langenscheidt- und Bahnstraße hat nun Veranlassung gegeben, daß die Langenscheidtbrücke jetzt endlich mit Rauchpalt belegt und das Straßenbild, soweit es sich ermöglicht, an dieser Stelle über-sichtlicher gestaltet wird. Die Arbeiten werden als Notstandsarbeiten ausgeführt, die Brücke wird deshalb ab Sonnabend, den 24. September gesperrt.

Sturm 33 hat geschossen!

Wendung im Kommunisten-Prozeß.

Die gestrige Sitzung vor dem Sondergericht war noch aufschlußreicher als die am Donnerstag; die Vernehmung von Vater, Mutter und Sohn Engelhardt war voll dramatischer Spannungen. Neben dem Kaufmann Feise, über den gestern berichtet wurde, befanden sich diese Zeugen dem SA-Lokal am nächsten und haben besser als sonst jemand die Vorgänge am 29. August beobachtet können. Die Befundungen der Engelhardts straften die Bekwerden der SA-Zeugen kargen.

Frau Engelhardt ergänzte in manchen, nicht unwesentlichen Punkten die Aussagen ihres Mannes, der am vormittag ausführlich geschildert hatte, wie die SA-Leute auf das Pfeifsignal mit Pistolen in der Hand aus der Richtung des Hauses Nr. 1 ihrem Lokal zustürmten. Noch auf den Stufen feuerten zwei SA-Leute über die Köpfe ihrer Kameraden hinweg ihre Pistolen ab, vier Mann stürmten voran und schossen. Jemand rief: Sie schießen ja ihre eigenen Leute tot. Frau Engelhardt ist unter den Schützen ganz besonders ein Mann in einer schwarzen Reithose und ein anderer mit einer Brille aufgefallen. Der Mann mit der Reithose wurde ihr auf ihre Veranlassung am nächsten Morgen vorgeführt. Was aus ihm geworden ist, weiß sie nicht. Der Mann mit der Brille wurde auf Veranlassung ihres Sohnes verhaftet, jedoch aus der Haft entlassen. Sie kannte diesen jungen Mann, weil er täglich das SA-Lokal zu reinigen hatte. Der Vorsitzende läßt, ohne daß die Zeugin das merkt, den

jungen Mann mit der Brille in den Saal führen. Es ist der SA-Mann Dubeczki, der an dem Abend vor dem SA-Lokal Wappstein gestanden hat und als Zeuge behauptet hat, kein einziger SA-Mann habe das Lokal verlassen. Frau Engelhardt findet ihn unter anderen Zeugen heraus. Erkennen Sie ihn ganz genau? fragt der Vorsitzende. Ja. Hatte er eine Waffe in der Hand? Ja. Frau Engelhardt beschreibt genau die Kleidung des Zeugen an jenem Abend.

Noch interessanter gestaltet sich die Aussage von Engelhardt Sohn. Er beobachtete die Vorgänge vom Balkon. Er sah einen Mann auf dem Rade in Schleißen vor das SA-Lokal vordringen, dann kam ein Motorrad an. Der Fahrer unterhielt sich mit dem Radfahrer und begab sich ins Lokal, kam wieder heraus, der Radfahrer fuhr davon. Jetzt trafen in losen Trupps die SA-Leute ein. Ein SA-Mann lief die Häuserreihe entlang von einem Hauseingang zum anderen. Bald darauf hörte der Zeuge die Hänfelleien unter dem Balkon. Die SA-Leute bildeten eine regelrechte Schützenlinie. Als das Streifauto herannahte, liefen sie in der Richtung zur Röntgenbrücke davon. Vier von den Schützen hat der Zeuge genau erkannt und ihre Merkmale der Polizei mitgeteilt. Der eine war der Mann mit der schwarzen Reithose, der andere der Mann mit der Brille, der dritte ein blonder, den Namen des vierten hat der Zeuge erst vor einigen Tagen festgestellt, es war ein gewisser Kupchik, der sich gerühmt haben soll, auch mit geschossen

Männer Berlins! Das Dreigroschen-Wunder? kommt

Neue Erwerbslofenküche!

Das Selbsthilfswerk der Erwerbslosen wächst!

Durch die Initiative Weihenfeer Volksgenossen ist es der Notgemeinschaft Berlin möglich geworden, auch im Bezirk Weihenfeer die vorbereitenden Arbeiten zur Errichtung einer Küche und eines umfangreichen Helmes in Angriff zu nehmen.

Das Bezirksamt hat in der Charlottenburger Straße 120 der Notgemeinschaft große Räume zur Verfügung gestellt und aufwärmte das Vorhaben der Notgemeinschaft begrüßt. Etwa 25 bis 30 Erwerbslose gehen schon in den nächsten Tagen daran, die erforderlichen Einrichtungen zu erstellen, damit in aller Kürze mit der Ausgabe des Mittagessens begonnen werden kann.

Die Gründungsversammlung in der Rindl-Brauerei sah Frauen und Männer der verschiedensten politischen und religiösen Richtungen besammeln. Nach einem einleitenden Referat des Vorsitzenden der Notgemeinschaft Berlin, des Stadtverordneten Lempert, wurden die erforderlichen organisatorischen Arbeiten sofort in Angriff genommen.

Der Eifer und die Liebe zur Sache, die deutlich aus den zustimmenden Erklärungen der Anwesenden hervorgingen, garantieren der neuen Ortsgruppe des Selbsthilfswerks ein gutes Gedeihen im Voraus.

Die Winterhilfe der Siemenswerke.

Die im Rahmen der Groß-Berliner Winterhilfe von den Siemensfirmen zu Beginn des Jahres 1931 eingerichtete Ratspeisung, die auch während der Sommermonate beibehalten wurde, wird auch im kommenden Winter fortgesetzt werden. Es werden weiterhin in erster Linie ehemalige Arbeitnehmer der Siemensfirmen an vier verschiedenen Stellen, in Siemensstadt, Spandau, Roabit und Charlottenburg gespeist werden. Die tägliche Ausgabe beträgt etwa 2000 Liter. Seit Beginn der Ratspeisung sind etwa 1/2 Million Liter Essen verabfolgt worden.

100 Flugzeuge starten nach Berlin.

Hundert Flugzeuge werden am Freitag, dem 30. September aus allen Teilen Deutschlands zur Beteiligung an dem großen Dela-Flugtag mit Flugzeugrennen (am Sonntag, dem 2. Oktober im Flughafen Tempelhof) starten. Und aus allen deutschen Städten, die über Flugplätze verfügen, selbst auch aus den entferntesten, wie Nachen, München, Stuttgart, Breslau und Königsberg, werden sich aktive Flugpiloten an diesem großangelegtem Wettbewerb beteiligen. In weit über 100 größeren Städten gelangen farbige Flugblätter mit dem Motto: „Wir fliegen zur Dela“ zum Abwurf. Bis Sonnabendabend werden sämtliche Dela-Flugzeuge in den Sammelhäfen Leipzig, Magdeburg, Kottbus und Stettin gelandet sein, um am Sonntag, dem 2. Oktober um 9 1/2 Uhr vormittags im Flughafen Tempelhof zu starten. Um zu prüfen, wie weit Sportflugzeuge für die Postbeförderung verwendbar sind, werden den Führern vor dem Start Postbeutel ausgehändigt, die in Aüerbog, Schwab am der Oder und Potsdam über einem näher gekennzeichneten Postziel abzuwerfen sind. Nach Ueberfliegen des Postziels findet zwischen Potsdam und Staaten ein Auscheidungswettbewerb mit fliegendem Start in Potsdam statt, um aus der großen Zahl der Flugzeuge die schnellsten Maschinen für das am Nachmittag auf dem Flughafen Tempelhof vorgezeichnete Gelände- Rennen zu ermitteln.

Bei ihrem Flug von Staaten nach Tempelhof werden die Flugzeuge Kurs auf den Berliner Funkturm nehmen, um die am frühen des Funkturms gelegene und am Sonntag eröffnete deutsche Luftsport-Ausstellung Dela Berlin 1932 zu begrüßen. Bis 12 Uhr mittags müssen sämtliche Flugzeuge in Berlin-

Der große Siedlungskrach.

Untersuchung gegen Funktionäre der „kinderreichen Familie“.

Neben dem Zusammenbruch der „Heimbau“ Siedlungsgenossenschaft beschäftigt die Staatsanwaltschaft I zur Zeit der Konturs einer anderen Baugenossenschaft, und zwar der Gemeinnützigen Gesellschaft „Die kinderreiche Familie“ e. G. m. b. H. die in der Köpenicker Straße 18 ihre Büros hatte und in Neutölln Wohnungen insbesondere für kinderreiche Familien gebaut hatte. Die Untersuchung richtet sich unter dem Rubrum „Schade und Genossen“ gegen den Vorstand und Aufsichtsrat, dem eine Reihe kommunistischer Funktionäre angehörten.

Ihnen wird handelsrechtliche Untreue, Bilanzverschleierung und Konkursvergehen zur Last gelegt, weil sie die Gelder der Baugenossen nicht im Interesse der Gesellschaft verwendet haben sollen. Dem früheren kommunistischen Stadtverordneten Krauppaul wird u. a. der Vorwurf gemacht, daß er sich von Stadtrat Schminke-Neutölln ein Kiste ausstellen ließ und dann auf Kosten der Genossenschaftler eine längere Erholungsreise gemacht hat, also Vorwürfe, die an gewisse Vorkommnisse im Fall Dewaheim erinnern. Außerdem sollen auch Gelder der Genossenschaft für Wahlzwecke der Partei Verwendung gefunden haben. Der Verlust der Gesellschaft beträgt etwa tausend Mark. Schließlich wird von der Staatsanwaltschaft noch der Vorwurf geäußert, ob die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates sich von den mit der Ausführung der Bauten beauftragten

Gesellschaften Provisionen haben zahlen lassen. Von einem Bücherrevisor werden gegenwärtig auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft die einzelnen Buchungen und Konten der „kinderreichen Familie“ nachgeprüft. Diese Arbeiten werden noch längere Zeit in Anspruch nehmen, so daß noch einige Monate bis zu einem gerichtlichen Nachspiel verstreichen werden.

Eine gesprengte Versammlung.

Eine neue Gruppe, die sich „Deutsche sozialistische Kampfbewegung“ nennt, wollte gestern in den Pharusälen in der Müllerstraße eine Versammlung abhalten, für die der Führer der Kriegs-„Emden“, Helmuth von Müde, als Redner vorgezogen war. Müde war früherer Landtagsabgeordneter der Nationalsozialisten, hatte aber aus Gewissensgründen die Hitler-Partei verlassen. Das veranlaßte natürlich gestern die Nazis, Müde mit allen Mitteln am Reden zu hindern. Da sie Enthüllungen fürchten mußten, radikalisierten sie, nachdem sie unter demonstrativem Spektakel eingerückt waren, vom Beginn der Versammlung an, bis sich die Vertreter der Polizei gezwungen sahen, die Versammlung für aufgelöst zu erklären.

Diese Kampfsmethode entspricht dem Wesen der NSDAP, und es erübrigt sich, etwas dazu zu sagen.

Tempelhof gelandet sein. Nach einer kurzen Mittagspause werden die letzten Vorbereitungen für die Abwicklung des um 14.30 Uhr beginnenden Flugtag-Programms getroffen.

Messerattentat auf die Ehefrau.

Von Stettin nach Berlin verfolgt.

Zu einer blutigen Szene kam es gestern vor dem Hause Alte Schönhauser Str. 7 im Norden Berlins. Passanten beobachteten, wie ein Mann und eine Frau in aufgeregtem Gespräch über den Fahrdamm liefen und vor dem Hause Nr. 7 in der Nähe der Wulackstraße stehen blieben. Plötzlich zog der Mann ein Messer und stieß damit auf seine Begleiterin ein. Der Mann wurde festgenommen und der Polizei übergeben. Die Frau wurde zur nächsten Rettungstation gebracht. Sie hatte Stiche in die Brust erhalten. Auf der Polizei erklärte der Mann — es handelt sich um einen Fritz Brunne aus Stettin —, daß seine Frau vor kurzem mit einem größeren Gelddetrage aus Stettin ausgerückt und nach Berlin geflohen sei. Sie hatte ihm einige hundert Mark gestohlen. Er traf die Frau, stellte sie zur Rede und ließ sich in der Erregung zu der Bluttat hinreißen.

Werbeposttag des Reichsbanners.

Am kommenden Sonntag findet ab 13 Uhr auf dem Sportplatz an der Einfamen Pappel, Kantianstraße, ein Werbeposttag des Reichsbanners, Ortsverein Prenzlauer Berg, statt. Der Tag soll der Werbung für den Sport innerhalb des Reichsbanners dienen. Es werden u. a. folgende Disziplinen ausgetragen: 100-Meter-Lauf, Weitsprung, Kugelstoßen, 4x100-Meter-Staffel. Der Zutritt zu den Sportplätzen ist frei. Im eingefriedeten Garten des Sportrestaurants findet ein Konzert statt. Dort ist auch eine

Lombola aufgestellt. Der Eintritt beträgt 20 Pf. für Erwerbslose 10 Pf.

Republikaner, zeigt eure Verbundenheit mit dem Reichsbanner durch Besuch dieser Veranstaltung.

750 Meter unter Wasser.

Ein neuer Tiefseetaucherecord.

Der bekannte Tiefseeforscher Dr. Williams Beebe tauchte an der Küste einer kleinen Insel der Bermuda-Gruppe in einer stärksten Taucherglocke 750 Meter tief hinab. Beebe, der eigentlich die Tiefe von 1000 Meter erreichen wollte, gab interessante Berichte und machte wichtige Photos von bisher nie gesehenen Fischen und Pflanzen.

Selbstmord eines Großindustriellen.

Wien, 23. September.

Der Wiener Großindustrielle Felix Wolf hat sich in Schwytzbach (Niederösterreich) im Walde erhängt. Wolf hatte viele Jahre die Textilfirma „Lederer u. Wolf“ geleitet. Das Unternehmen, das von der Wirtschaftskrise nicht verschont geblieben ist, ist in den letzten Jahren in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Auch Wolf selbst hat sehr unter der Ungunst der Wirtschaftsverhältnisse gelitten.

Tödlicher Unfall in Siemensstadt.

Auf der Kreuzung Ronnendamallee und Rotardstraße in Siemensstadt wurde gestern nachmittag ein Radfahrer von einem Privatauto überfahren und schwer verletzt. Der Verunglückte wurde ins Spandauer Krankenhaus übergeführt, wo er kurze Zeit nach seiner Aufnahme gestorben ist. Die Personalien des Toten, der etwa 30 Jahre alt war, konnten noch nicht ermittelt werden. Offenbar handelt es sich um einen Arbeiter, der sich nach Betriebschluss mit seinem Rade auf dem Heimweg befand. — Am Ringbahnhof Tempelhof geriet gestern nachmittag gleichfalls ein etwa 50-jähriger Radfahrer, der bisher unbekannt ist, unter die Räder eines Privatautos. Mit einem schweren Schädelbruch fand der Verunglückte im St. Josefkrankenhaus in Tempelhof Aufnahme.

Neuer Erster Staatsanwalt beim Landgericht II.

Staatsanwaltschaftsrat Zimmermann, der bisher als Hilfsarbeiter bei der Staatsanwaltschaft des Kammergerichts beschäftigt war, ist zum 1. Staatsanwalt beim Landgericht II Berlin befördert worden. Er erhält die Stelle, die durch Beförderung des am 1. Juli dieses Jahres zum Oberstaatsanwalt ernannten 1. Staatsanwalts Laug freigeworden ist.

Die letzten Wochen der Tierfinderschau. Die Sonderchau des Tierfindergartens, die auch in diesem Sommer im Zoologischen Garten bei Jung und Alt Beifall gefunden hat, wird voraussichtlich bis Sonntag, 2. Oktober, geöffnet sein. Die Tierfinderschau ist in letzter Zeit durch eine Reihe neuer junger Tiere bereichert worden, u. a. selten zu sehende junge Wölfe. Die kleinen Braunbären haben den ehemaligen Affensessen der Sonderchau bezogen, wo sie bei ihrem dröhligen Treiben besonders gut zu beobachten sind. Vom Zoologischen Garten aus kostet der Eintritt für Erwachsene nur 30 Pf., für Kinder bis zu zehn Jahren 20 Pf., von der Straße aus 50 Pf. bzw. 25 Pf.

Eine Frachtermähigung für Frischobst um ungefähr 30 Proz. ist von der Reichsbahn für die Zeit vom 15. September bis zum 31. September auch in diesem Jahre eingeführt worden.

Genosse Maxzer Meier spricht Sonntag, den 25. September, 10 Uhr, in der Trinitatiskirche, Charlottenburg, über das Thema „Alle sollen Untertanen sein“.

Modeneuheiten — Modelaunen.

Das Kaufhaus Israel, Königstraße, zeigt die diesjährigen Herbst- und Wintermoden. Um der neuen Mode vorweg ein großes Lob zu spenden: sie hat sich auf den Boden der Vernunft gestellt und sieht den Winter als das an, was er ist. Die es sich leisten können, wappnen sich für die kalte Jahreszeit mit hochgestellten, festschließenden Pelztragen oder Krawatten, die als Mantelgarmentierung in Fohlen, Perslaner — aber auch das gute heimische Kanin — tun den gleichen Dienst — flott und wärmend wirken. Die Strahlenkleider sind aus weichen Wollgeweben, braun, burgunderrot, marineblau, grün, kurz alle Farben sind dabei vertreten. Die Verarbeitung ist einfach und jugendlich, vielfach sieht man Korinturen an Kermel und Auschnitt aus weichem Filz, ausbungetreiftem Wollstoff zum unifarbenen Kleide, dann auch mit Westen, Bolerojäckchen und vielen anderen Variationen. Die Röcke sind ein klein wenig kürzer geworden, sie fallen glatt oder sind mit tiegenähigen Falten verziert. Das Nachmittagskleid zeigt schon fantasiereicherer Charakter; da gibt es zerlegbare Kermel — der abknöpfbare Unterärmel gibt dem Kleid die abendliche Note —, tolle Schleifen am Halsauschnitt, Metallknopfgarnituren, neuesten Datums aus Kupfer. Flotte Kürassierstulpen als Kermel, oder aus gleichfarbenerm Samt als Handschuh genäht, Zipselchen, U-Boot-Kragelchen und noch allerlei tollerter Jierat. Die Hüte sind klein, in Bolero, Zwispitz und Kappenform, geziert von einem Schleier mit eingewebter Mouche. Die Farben des Nachmittags und Abends sind schwarz, lila, braun und rot, daneben gibt es noch allerlei Zwischenöne und farbenreiche Kombinationen.

Die Jugendweihen des Frühjahrs.

Anmeldungen müssen jetzt vorgenommen werden.

Die Anmeldungen für die Frühjahrsjugendweihen 1933 bitten wir unter Zahlung der Einschreibgebühr von 50 Pf. sofort bei den nachstehend aufgeführten Anmeldestellen vorzunehmen.

Witte: H. Lehmann, R 54, Ackerstr. 174 (Vorwärts-Expedition). — Deutscher Metallarbeiterverband, C. 25, Eilaffer Str. 86/88, 3. 20, geöffnet 9—16 Uhr. Freitags 9—19 Uhr, Sonnabends 9—13 Uhr. — Freigewerkschaftliche Jugendzentrale, SD 16, Engelfufer 24/25, II. Stock, Zimmer 26 (geöffnet 9—17 Uhr, Freitags 9—19 Uhr, Sonnabends 9—13 Uhr). — Volkstein, S. 14, Prinzenstraße 63 (Vorwärts-Expedition). — P. Dobroslaw, R 37, Schweinmünder Str. 11, Restaurant.

Tiergarten: E. Joseph, NB 21, Wilhelmshavener Str. 48 (Vorwärts-Expedition).

Wedding: P. Krause, R 65, Müller-, Ede Urechter Str. (Vorwärts-Expedition). — P. Kroll, R 65, Ulrechtstr. 21 (Restaurant). — A. Anderfson, R 31, Straßander Str. 19 (Schuhmacher). — B. Hönisch, R 31, Watzstr. 9 (Vorwärts-Expedition). — J. Fischer, R 20, Bastianstr. 7 (Vorwärts-Expedition).

Prenzlauer Berg: B. Hoffmann, R 58, Lndener Str. 8 (Restaurant). — P. Dölg, RD 55, Immanuelkirchstr. 24 (Vorwärts-Expedition). — E. Gerth, R 113, Greifshagener Str. 22 (Vorwärts-Expedition).

Friedrichshagen: F. Arndt, D 17, Markusstr. 36 (Vorwärts-Expedition). — M. Bartmann, D 34, Königsberger Str. 37 (Photoladen, Eingang vom Hausflur). — R. Welle, D 34, Petersburger Platz 4 (Vorwärts-Expedition). — A. Wittschuf, D 34, Petersburger Straße 5 (Restaurant).

Kreuzberg: G. Schmidt, SB 61, Baerwaldstr., an der Oneisenaustr. (Vorwärts-Expedition). — Urban, SD 36, Lausiger Platz 14/15 (Vorwärts-Expedition). — P. Vier, SD 36, Raunungstraße 9 (Restaurant). — Deutscher Freidenkerverband E. B., SB 29, Oneisenaustr. 41, Hof 3, I. Stock (geöffnet 8—16 Uhr). — Sekretariat der Jugendweihen der Sozialisten, Freidenker und Gewerkschaften Berlins, SB 68, Lindenstr. 2, v. I Tr. (geöffnet 9—17 Uhr, Mittwochs und Freitags 9—19 Uhr, Sonnabends 9—13 Uhr).

Charlottenburg: Vorwärts-Expedition Charlottenburg, Esenheimer Str. 1, pt. Frau Sochimie, Charlottenburg, Kaiserdamm 93, Eingang Rognitzstr. (Vorwärts-Expedition) 14—18 Uhr. — F. Bunge, Charlottenburg, Rofinersir. 4, v. IV Tr.

Spandau: „Volksblatt“-Buchhandlung, Spandau, Potsdamer Straße.

Wilmersdorf: Frau Ungerer, Wilmersdorf, Hanauer Str. 43, Siedlung.

Jehlendorf: Lehrer A. Jettl, Jehlendorf, Waldhüterpfad 81.

Schöneberg: Rathmann, Schöneberg, Belgier Str. 27 (Vorwärts-Expedition). — Frau Kammer, Schöneberg, Apostel-Paulus-Str. 7. — E. Schaudt, Friedenau, Bachstr. 9.

Steglitz: F. Hamburg, Steglitz, Schloßstr. 103. — Wilhelm Stabig, Steglitz, Ringstr. 7, Gartenhaus III. — R. Schönwetter, Lichterfelde-West, Hindenburgdamm 71. — Konsum Sanctwig, Kaiser-Wilhelm-Straße 43.

Tempelhof: Für Tempelhof: Ray Wiebe, Stollbergstr. 9. — Richard Hille, Mollkestr. 11. — Für Mariendorf: August Tabor, Kaiserstr. 31, I. — Paul Rathmann, Brühlstr. 16, III. — Für Marienfelde: Fritz Greulich, Wollstr. 33. — Für Lichtenrade: Kurt Sangholt, Ulfandstr. 85.

Neutölln: Vorwärts-Expedition, Neutölln, Siegfriedstr. 28/29, 14—18 Uhr. — Vorwärts-Expedition Neutölln, Redarstr. 2, 14 bis 18 Uhr. — Parteibüro Neutölln, Fuldstr. (Oberpassage) Aufg. 5, 17—19 Uhr. — A. Schwarz, Brig, Grobfeldweg, Liningstr. 58.

Treptow: E. Medlenburg, Treptow, Graefstr. 50 (Vorwärts-Expedition). — Paul Scheunemann, Baumjuleweg, Eckhardtstr. 5. — F. Katerbaum, Adlershof, Sedanstr. 3 (Restaurant). — A. Baber, Derschöneweide, Wilhelmshofstr. 17 (Zigarrenladen).

Köpenick: E. Wiliam, Köpenick, Alte Dohlmayer Str. 72. — Otto, Friedrichshagen, Kirchstr. 34 (Restaurant). — G. Fahrnthof, Friedrichshagen, Kirchstr. 28. — F. Klein, Grünau, Friedrichstr. 17. — F. Roujofs, Grünau, Viktoriost. 10. — Heilmann, Bohnsdorf, Waltersdorfer Str. 100 (Restaurant). — F. Kraif, Rahnsdorf, Forststraße 9. — F. Schode, Rahnsdorf, Mühlenerweg 5.

Lichtenberg: Rektor Sängern, Lichtenberg, Schule Friedrichstraße. — Rektor Pribbe, Lichtenberg, Lichtenberger Schule, Marktstr. — Rektor Sydow, Lichtenberg, Schule Leopoldstr. — Rektor Senz, Lichtenberg, Schule Scharnweberstr. — Rektor Schilder, Lichtenberg, Pfarrstr. — Rektor Bölsfermann, Lichtenberg, Schule Holteistr. 7—9. — A. Rakewig, D 112, Gärtnerstr. 6.

Weihenfeer: Walter Janell, Weihenfeer, Partstr. 15. — Otto Golles, Weihenfeer, Behderstr. 122. — Anton Wiese, Weihenfeer, Behderstr. 2. — Adolf Brandt, Weihenfeer, Partstr. 83 (8. Schule). — Sen, Weihenfeer, Sedanstr. 90. — Martin Franke, Weihenfeer, Sedanstr. 23. — Otto Kubfahl, Weihenfeer, Amalienstr. 20. — Andreas Heinel, Weihenfeer, Gäblerstr. 7. — Georg Matthes, Weihenfeer, Viktoriust. 102. — Marquardt, Hohenschönhausen, Berliner Str. 85 (Restaurant).

Pankow: Konsumverkaufsstellen in Pankow: Wollantstr. 102, Berliner Str. 47, Breitestr. 16, Riffingenstr., Brehmeistr., Trellsberger Str., Achtermannstr. — Konsumverkaufsstellen in Niederschönhausen: Kaiser-Wilhelm-Straße 79, Kaiserweg 60. — B. Pansegrau, Buchholz, Bahnhoffstr. 15.

Reinickendorf: Schönewerk (für Reinickendorf-Ost und Kofentha), Brooingstr. 48 (Restaurant). — Volkshaus (für Reinickendorf-West und Wittenau), Scharnweberstr. 114. — Tarnow, Tegel, Schlieper, Ede Tresdowstr. für Tegel, Borsigwalde, Heiligensee.

Außerdem nehmen alle Hauskaffierer des „Deutschen Freidenkerverbandes E. B.“ Anmeldungen für die Jugendweihen entgegen.

IRMGARD KEUN: Gilgi eine von uns

231

„Ich weiß ja nicht mehr weiter“, sagt die Täscher. Gar nicht jammern, ganz ruhig und feststellend, und lächelt sogar dabei. Ein dünnes, schiefes Lächeln. Und hat Hände wie verweilte Koblblätter und einen gestorbenen Gang. Und wenn sie heulte und jammerte, das würde gar keinen Eindruck machen. Das kann man nicht vertragen — fremde Tränen — eigene auch nicht. — Wenn sie doch heulte! Aber nur — ich weiß gar nicht mehr weiter. Das klingt so überzeugend, und ob's ihre eigene Schuld ist oder fremde — Tatsache bleibt's. Was soll man da sagen? Kann man nicht raten und auch nicht helfen. Sicher gibt's viele, die nicht mehr weiter wissen, viele, denen's schlecht geht. Kollektiv-elend — davor hat man immer die Augen zugemacht. Tritt's als Einzelfall an einen heran, springt's einem unter die geschlossenen Lider. Geht einen was an. Warum? Ja, warum! Man ist ja kein Pflasterstein.

„Hab' nur ein Dreimarkstück bei mir!“ Man schämt sich und kommt sich lächerlich vor — was damit geholfen ist! Will sie noch nicht mal nehmen. „Ach, von Ihnen nicht — Se müßens ja selber verdienen. Warum jehne denn nicht bei Ihr' Mutter?“ Da hat die sich jene Phantasieparade gebaut und ist nicht von loszukriegen. „Nehmen Sie's schon — da — meine Straßenbahn!“ Und Gilgi will der Täscher das Geldstück in die Hand drücken — es fällt zur Erde — Gilgi springt auf die anführende Bahn; der Schaffner schimpft — immer schimpfen lassen. Sie sieht die Alte auf der wimmelnden Straße knien — kriechen, mit tastenden Händen und kurzfristigen Augen den Boden abtuschen. Kraucht da zwischen den Fußgängern, der Hut ist schiefgerutscht ... die Augen zumachen, fest, fest, nicht nachlassen, nicht nachlassen, wer einmal unten liegt, kommt schwer wieder hoch, ist verflucht keine Zeit jeht zum Schlappmachen und Weichwerden —

„Eine Stunde kann ich bei dir bleiben, Martin — ich geh' heute nicht mehr auf mein Zimmer, ich ...“

„Bist du mir eigentlich nicht sagen, wo du dieses geheimnisvolle Zimmer hast?“

„Rein, Martin. Ich muß — es ist — wegen meiner Selbständigkeit. Ich muß einen Ort zum Arbeiten haben, hier bei dir in der Nähe kann ich's nicht, und in meinem Zimmer häit' ich auch keine Sekunde Ruhe, wenn ich denken müß', du könnt'st plötzlich erscheinen.“

„Fire Idee.“

„Na, dann laß sie mir.“

„Gilgi“, sagt Martin am Sonntagmorgen, „du solltest nicht mehr ins Büro gehen, es wird mir jedesmal so unbehaglich kalt im Bett, wenn du so früh aufstehst.“ Gilgi schüttelt in ratlosem Staunen den Kopf. Was soll man nun dazu sagen? Auch ein Grund, in der heutigen Zeit eine Stellung aufzugeben, nur damit ihm kein kalter Luftzug an die rechte Seite weht. Das ist einer, der Martin! „Sieh mal, Gilgichen, was ich an Geld hab', ist für einen zu wenig, da kann's doch auch für zwei zu wenig sein, was meinst du — sollen wir nicht zusammen von meinem Geld leben?“

„Was du dir denkst, Martin!“ Gilgi lächelt mit mütterlicher Verachtung.

„Na, aber wenigstens zu dem alten Petrefakt brauchst du doch nicht mehr!“

„Bei dem bin ich ja sowieso in drei Tagen fertig. Im Ernst, Martin — ich muß doch Geld verdienen. Weißt du, nächstes Jahr hab' ich soviel zusammen, um nach Paris und nach Spanien zu fahren. Martin, wir werden zusammen reisen, ohne dich seh' ich ja nichts richtig, du bist doch mein besseres Auge. Olga sagt, man kann auf Mallorca furchtbar billig leben, und in Paris werden wir im Quartier Latin wohnen — wir müssen eben tüchtig sparen — du auch, Martin, jeden Monat kannst du soundso viel zurücklegen. Ich werd' sorgen, daß das 'ne andre Wirtschaft hier wird.“

Und Gilgi wird energisch. Kündigt zuerst einmal Frau Böh. Das bißchen Geschirrabwaschen und Zimmerausfegen kann sie allein machen. Jetzt wird sie dem Martin mal zeigen, wie tüchtig und leistungsfähig sie ist. Dem wird vor soviel Tüchtigkeit beinahe unbehaglich.

„Sind das deine ganzen Hemden, Martin? Nicht mehr zu tragen. Wie? Ich werde dir neue nähen. Ich kann das. Was? Na, hinten in der Kammer steht doch eine Nähmaschine, auf die bin ich schon lange wild. Was sagst du? Egal, wie du rumläufst? Gar nicht egal. Laß jetzt die alten Griechen, Martin, wir gehen Stoff kaufen.“

„Entsetzlich, wie unpraktisch du bist! Martin! Ja, bist du denn wahnsinnig? In so einem teuren Laden kauft man doch keinen Stoff — Ford vielleicht, aber überzeugt bin ich noch nicht davon — man geht doch in ein Cragengeschäft, Martin, da ist alles um die Hälfte billiger. Du müßt bedenken, wenn die Leute die teuren Laden-

mieten und alles ... was? Langweilig? Gar nicht, das ist wichtig und interessant zu wissen.“

„Möchtest du Streifen, Martin? Ich finde einfarbig vornehmer. Fräulein, der Stoff läuft doch beim Waschen nicht ein? Wie meinstest du, Martin? Dir ist alles recht? Wir nehmen Basiseide — wo doch bald der Sommer kommt, du kannst dann ohne Jacke ...“

„Martin, du mußt unbedingt einen neuen Mantel haben.“

„Was hast du nur gegen mein gutes Mäntelchen, das alte, treue Stück? Wenn du wüßtest, was das schon alles mitgemacht hat ...“

„Das ist's eben, das sieht man ihm so sehr an.“

„Ist egal, einen neuen Mantel will ich nicht. Bin ich ein Gigolo?“

„Du mußt rechnen lernen, Martin, du mußt dir angewöhnen, Einnahmen und Ausgaben aufzuschreiben“, befiehlt Gilgi und schafft ein kleines Heft an, das sie mit einem

Georg Grau: Archäologisches Notizbuch

Die wirklichen Abenteuer der Wissenschaften sind die Archäologien. Sie arbeiten ohne Mathematik und Experiment, aber dafür mit Phantasie und Fanatismus und einer unbefehlichen Geduld. Sie lesen aus ein paar kümmerlichen, bröckelnden Steinen die Geschichte von großen Kulturen, und sie dichten aus wenigen zerfallenen Resten ganze Städte und Paläste. Das ist viel und gleichzeitig wenig. Aber mehr als in der Deutung wird sich die Vergangenheit nie erschließen. Denn gegen das Geseh der Zeit ist der archäologische Spaten ebenso machtlos wie der gründliche Historiker. Und gerade die Ausgrabungen der letzten Zeit beweisen zur Genüge, daß die sogenannten historischen Wahrheiten recht brüchig sind, daß der Boden immer wieder neue Rätsel hergibt, die frühere Anschauungen umstoßen.

Seit 30 Jahren durchwühlt der englische Archäologe Arthur Evans das sagenumwobene Kreta. Er hat den Palast des Minos auferstehen lassen, ein Bauwerk von unbefehlicher Pracht und architektonischer Vollkommenheit. Jetzt aber hat Evans eine Entdeckung gemacht, die von ganz besonderer kulturhistorischer Bedeutung ist.

Nach seinen Feststellungen beteten die Kreter

Bob v. Szigethy: Die Banknote

Stephan Horemus, Registraturbeamter beim Bezirksgericht, reichte gemütlich einen Buchstaben neben den anderen, ein Wort neben das andere. Er verbrachte sein ganzes Leben mit der Namensliste der Verbrecher, er war aber dennoch ein ganz wunderbarer Optimist. Er setzte von niemandem eine Rücksicht voraus, all seine irdische Sehnsucht wurde von einem Glas Wein befriedigt.

Da geschah es, daß es der Gendarmerei gelang, den berühmten Banknotenfälscher Paul Rakra zu verhaften. Rakra war ein völlig verkommener Mensch. Er wollte früher einmal Maler werden, doch brachte er es vor lauter Modellen nicht weiter. Sobald er die Schultern einer schönen Frau erblickte, traten ihm die Schweißtropfen auf die Stirne, und dann beschäftigte er sich nur mehr mit dem Gedanken, wie er dazu gelangen könnte, diese Schultern zu küssen. Aber sie zu malen, entschloß er sich nicht.

Während er sich so durchs Leben schlug, geriet ihm einmal eine Fünzigpengönote in die Hand, eine Banknote, die ihm bisher hartnäckig gemieden hatte. Er ahnte das Geld nach, und seine Note war wirklich schöner als das Original, er korrigierte ein wenig die Figur, machte sie formvollender und brachte die Banknote so in den Verkehr.

Diese künstlerische Inspiration ward ihm zum Verhängnis, denn er wurde erwischt. Man verhörte tagelang; mehr als diese eine Banknote wurde bei ihm nicht vorgefunden, aber selbst zu dieser einen wollte er sich durchaus nicht bekennen.

Als Stephan Horemus in die Registratur eintrat: „Paul Rakra — Banknotenfälschung, beigefügt eine falsche Fünzigpengönote“ — leuchteten seine Augen auf. Es war eine Woche vor Weihnachten, und von seinem Gehalt hatte er schon zum Zweiten des Monats im Gasthaus „Zum blauen Aker“, wo ein sehr guter Wein ausgeschenkt wurde, Abschied genommen.

Wegen dieses einen Tages mußte er dann wochenlang darben, und er konnte schon kaum mehr das Neujahr erwarten, an welchem seine Großmutter immer mit einigen Banknoten herauszurücken pflegte. Er zerbrach sich sogar darüber den Kopf, ob man das Neujahr nicht vor Weihnachten legen könnte? Aber er grübelte vergebens, diesmal wollte ihm kein kluger Gedanke kommen.

Bändchen versehen neben den Schreibtisch hängt. Martin kann es nicht ohne inneren Schauer sehen. Er streift, „Einnahmen hab' ich keine, und nur Ausgaben aufschreiben — das macht mir keinen Spaß.“ Verzweifelt



Gilgi schafft Ordnung

sieht Gilgi, daß es ihr trotz aller Bemühungen nicht gelingt, ein System in die gemeinliche Wirtschaft zu bringen. Es ist ihr unfahbar, daß ein Mensch durch seine bloße Existenz alles durcheinander wirbeln kann. Martin

kann das. Ohne daß es ihn im geringsten bekümmerte. Immer gibt er Geld aus — für nichts. Braucht in seinem alten häßlichen Mantel nur mal zehn Minuten den Ring auf und ab zu gehen, gleich hat er zehn Mark weniger in der Tasche. Weiß der Himmel, wie er das anfangt.

Und Schulden macht er! Gilgi weint fast, als ihr zum erstenmal ein paar Rechnungen in die Hände fallen. Heimlich bezahlt sie im Zigarettengeschäft an der Ecke den fälligen Betrag. Am Abend weiß es Martin bereits. Zum ersten Male ist Krach. Martin tobt, bis Gilgi ganz klein und verschüchtert in der Klubselede hocht.

„Was? Da. Wer hat dich aufgefordert, dich um meine Schulden zu kümmern? Wer hat dir das Recht dazu gegeben?“ Gilgi kriecht immer tiefer in ihre Ecke. Sie ist todunglücklich, aber es gefällt ihr, daß er so wütend ist. Noch tausendmal lieber hat sie ihn jetzt, vorausgesetzt, daß das überhaupt möglich war. (Fortsetzung folgt.)

Phot. Paramount

bereits 1200 Jahre v. Chr. — unter dem Symbol des Kreuzes in kirchenähnlichen Gebäuden. Dieser von Evans freigelegte Tempel besitzt den gleichen Grundriß wie die viel späteren christlichen Kirchen, er hat Altar, Chorstühle und Kanzel. Was freilich die vorgefundenen Kreuze für die Kreter bedeutet haben, ist noch dunkel. Verehrt wurde damals eine Art „Ritter Gottes“, ähnlich der Jhitar oder Ustare des Altertums. Das Kreuz gehörte vielleicht zu den Symbolen ihrer Macht, indem es die Arme nach verschiedenen Seiten ausstreckt. Eine direkte Verbindung mit dem christlichen Symbol ist bisher noch nicht auffindbar.

Wie Evans behauptet, erinnere der ganze Stil eher an einen christlichen als heidnischen Kult. Es wurde auch versucht, den Altar mittels der vorgefundenen Gegenstände zu rekonstruieren: In der Mitte erhebt sich das polierte Kreuz aus weißem und grauem Marmor, auf der einen Seite die Göttin mit hohem Kopfschmuck, eine Schlange haltend, auf der anderen die Figur einer Priesterin. Vorn in der Mitte steht eine steinerne Schale mit Wasser als Symbol der Reinigung.

Dieser Fund zeigt deutlich, wie tief die Wurzeln heutiger Religionen in die Vergangenheit reichen. Unenimierbar verlieren sich die Fäden

im heidnischen Kult, in den stark verbreiteten Mutterreligionen und im Erlösungsmythos der persischen Magier, der sich bis in das römische Germanien erstreckte. Wie alt Symbole sind, zeigt ja das aktuelle Hakenkreuz. Es ist durchaus nicht germanischen Ursprungs, wie es tendenziöse Kunenjäger gerne haben möchten, sondern uralt und höchst international. Denn es wurde bekanntlich auch — ein Wig der Geschichte — auf dem Fries einer Synagoge in Kapernaum gefunden.

Auch unter den letzten ägyptischen Ausgrabungen gibt es einige Kuriositäten. Von seltsamen Gestalten auf Kegyptens Thron erzählen die Monumente und Inschriften. Unter den Frauen, die das Szepter führen, fällt besonders eine auf: Hatschepsut, eine energische Dame, eine Urfürstin und Eroberin, eine gekrönte Furie. Sie verteidigte ihre Herrschaft gegen verschiedene Familienmitglieder, selbst gegen den eigenen Gatten Thutmose III., der während ihrer despotischen Regierung kein Wort mitzureden hatte. Sie führte zahlreiche Kriege gegen Nachbarn und ließ sich in den Felsenwänden bei „der el bahari“ einen prächtigen Totentempel bauen, der zu den größten Kunstwerken gehört und an dessen Freilegung seit vielen Jahren gearbeitet wird. Nachdem diese merkwürdige Frau gestorben war, entlud sich die Wut ihres Gatten und ihrer Feinde. Sie schleppten alles zusammen, was auf sie Bezug hatte und vernichteten es systematisch. Ihre Bildwerke wurden zertrümmert und ihr Name ausgemerzt.

In diesem Schutthaufen haben die Archäologen des Metropolitanmuseums Hunderte von zerbrochenen Skulpturen gefunden, die jetzt mühsam rekonstruiert werden. Sie offenbaren ein Stück spannenster ägyptischer Geschichte, das von dem Wirken einer herrschaftlichen und eifigen Frau erfüllt war. Bezeichnenderweise wurde sie auf allen Bildwerken mit einem Männerbart dargestellt. Auch an den Wänden ihres Totentempels, wo ihr ganzes Leben in farbigen Reliefs beschrieben steht, ließ sie sich als Knabe darstellen.

Man fragt sich immer wieder: was ändert sich eigentlich: die Zeit oder die Menschen. Aber wenn man mit den Archäologen auf der Zeitmaschine zurückgeht, sieht man mit Schrecken, daß sich herzlich wenig verändert hat. So erfahren wir, daß es schon im alten Kegypten geschäftstüchtige Seher gab, die von der Zukunft lebten, die sie ihren Mitmenschen meistens falsch deuteten. Auch daß Nekame zum Handwert gehört, wußten sie. Bekannt ist ja die rege Propaganda, die das delphische Orakel entfaltet.

Dr. Reich, ein Spezialist für Hieroglyphen, stieß bei der Entzifferung einiger Tafeln, die man vor kurzem am Tempel von Saferis bei Memphis fand, auf folgende Bekanntmachung: „Ich erkläre Träume — ich stehe unter der Leitung Gottes — bringe Glück — bin ein Mann aus Kreta, der deutet.“

Bemerkenswert an dieser Anzeige ist der geschickte Hinweis, daß der Traumdeuter unter der Leitung Gottes steht und Glück bringt. Auch mag es für die neugierigen Kegypter verlockend und interessant gewesen sein, ihre Zukunft aus dem Munde eines Ortsfremden zu hören.

In der Nähe von Memphis bemüht man sich, die Gräber der heiligen Stiere freizulegen. Die Anbetung des Apistiers umschloß zeitweise einen besonderen Kult, der erst durch die Römer verboten wurde. Den Ritus der Beifegung ließen sich die Kegypter viel kosten. In schweren Steinfärgen, aufs sorgfältigste mumiifiziert und mit Gold geschmückt, wurden die heiligen Tiere in den unterirdischen Kammern beigesetzt. Allerdings wurden diese Gräber während der Jahrhunderte zum größten Teil ausgeraubt.

Eine besondere Vorliebe der Archäologie bildet die Suche nach den historischen Hintergründen der biblischen Berichte. So hat man jetzt in Kegypten Hinweise auf die israelitische

Fruchtbarkeit unter Komplex II. entdeckt. Man fand Kornkammern, ebenso die berühmten Ziegelsteine, die die Juden ohne Stroh brennen mußten, auch Bilder, aus denen hervorgeht, wie die Israeliten von den Ägyptern geschlagen wurden. Ferner zeigte sich über die Plagen, besonders der Fröhenplage, bildliche Anklänge. (Es gab übrigens in Ägypten eine Göttin mit Fröhenkopf, die für die Fruchtbarkeit zu sorgen hatte und als Patronin der Hebammen galt.) Auch von Pharaos Traum von den sieben mageren und sieben fetten Jahren erzählt eine Wandmalerei.

Doch das eigentliche Land der Bibel ist Palästina. Hier arbeiten seit Jahren Dutzende von Expeditionen, vornehmlich Amerikaner und Engländer. Bekannt dürften die aufschlußreichen Grabungen Professor Garfungs auf den Trümmern Jerichos sein. Vor kurzem kam die Nachricht, daß Professor Bado bei Grabungen nördlich von Jerusalem auf die Stadt Mizpa gestossen sei. In ihr wohnte der Prophet Samuel, dann wurde sie die Krönungsstadt Sauls, bis sie später babylonischen Eroberern in die Hände fiel.

In Sepphoris, eine Stunde von Nazareth, wurde unter einem Schulgebäude der Mosaikfußboden einer Kirche entdeckt, die einst von der Mutter Konstantins des Großen zum Gedächtnis an die Verkündigung der Jungfrau Maria errichtet wurde. Für die Forschung ist dieser Fund äußerst wichtig, denn man glaubte, daß diese Kirche in Nazareth stehe. Nach Epiphania und anderen Legenden heißt es zwar, daß Marias Eltern in Sepphoris gelebt haben, aber nach dem Evangelium des Lukas war Nazareth der Ort der Verkündigung. Wer hat recht?

So wirft jeder Spatenstich neue Rätsel ans Tageslicht. Endgültig lösen werden wir sie nie. Aus Bruchstücken läßt sich eine erschöpfende Vergangenheit nicht mehr zusammenfügen, kann sie nie wieder Wirklichkeit werden, und wir müssen zufrieden sein, wenn wir sie deuten können.

Wenn die Blätter fallen

Ich hebe ein Blättchen auf, das der Herbstwind vor meine Füße rollt. Was bedeutet dieses Blatt? Den herbstlichen Laubfall. Warum tritt er ein? Wir wissen es nicht. Wir wissen nur, daß er eintritt. Und zwar, bevor er nötig ist. Nützlich wird er, da der Bodenfrost den Bäumen die Möglichkeit nimmt, sich im Winter genügend mit Wasser zu versorgen. Die Nadelbäume mit ihren Trockenheitsanpassungen, die aus den Blättern nur ein Mindestmaß von Feuchtigkeit abgeben, bedürfen des Laubfalles nicht. Und wenn man Laubbäume aus unserem Klima in eins verpflanzt, das keinen Bodenfrost hat, zum Beispiel also nach Madaira oder Brasilien, dann hört dort auch der Rhythmus des Laubfalles auf, und die Bäume werden immergrün.

Aber das Abwerfen des Laubes geschieht nicht nach mechanischen, sondern nach biologischen Gesetzen. Mechanisch wäre es, wenn die Blätter nach den ersten Tagen, in denen das Bodenwasser gefriert (was gemeinhin eintritt, wenn es etwa eine Woche lang ständige Temperaturen unter dem Nullpunkte gibt), einfach abfallen würden. So aber findet der Laubfall bekanntlich nicht statt. Im deutschen Klima beginnt der Bodenfrost meist erst um Weihnachten, oft erst im Januar. Die Vorzeichen des großen Laubfalles zeigen sich aber noch in den letzten Sommertagen, gegen Ende September. Denn dann beginnen sich zuerst einzelne Blattbüschel zu verfärben. Der Prozeß macht erst gegen Mitte Oktober so namhafte Fortschritte, daß er überall sichtbar wird.

Nicht der Frost tötet die Blätter, sondern der Baum selber. Er zieht aus ihnen das Brauchbare heraus, verwendet das Eisen, den Zucker, das Stärkemehl; er „evacuiert“ die Blätter, wie man im Kriege Magazine und Werkstätten leert, bevor man eine Stellung aufgibt. Dann sperrt er durch ein besonderes Korkgewebe im Blattstiele die Verbindung zwischen Blatt und Baum. Zuletzt hängt das Blatt abgestorben, weilt und überflüssig oben. Dann schüttelt ein Windstoß es herunter, oder es löst sich aus dem geringsten Anlaß ab, namentlich nach einer frostkalten Nacht. Bis das geschieht, sind die Blätter des kommenden Jahres schon als Knospen vorbereitet.

Das sind die Laubbäume. An ihnen läßt sich nicht zweifeln. Ist das aber ein Mechanismus hemophysikalischer Kräfte? Rein und tausendmal nein! Der Baum handelt so, „als ob“ er im voraus wisse, was kommen wird. Das, worauf wir so stolz sind, das Aktive in uns, das ist auch in ihm da. Zugegeben: in einfacheren, in anderen Formen, aber doch im Prinzip. Der Baum begehrt auch Handlungen; das heißt: er vollzieht Zusammenhänge, die auf ein Ziel gerichtet sind, und dieses Ziel ist, wie bei allen Handlungen des Menschen, das Vernünftige, nämlich die Wohlfahrt des Lebens. Darum glaubt seit einiger Zeit die Wissenschaft an ein Innenleben der Pflanze. Jeder Baum im Herbst sagt uns ein Wort darüber.

Dr. R. Francé.

Die Geheimnisse des Inka

Der erste aussichtsreiche Versuch zur Erforschung der großen Höhlen der Inkas, die einen Schatz alter Kostbarkeiten bergen sollen, wird von Don Guillerme Walker vom Museum in Santiago unternommen werden. Noch immer breitet sich ein Geheimnis über die vielbesprochene Höhle des Inka, die unter den ausgetrockneten Hängen des Morrofelsens an der Küste bei dem chilenischen Hafen Arica verläuft. Man nimmt an, daß dort ein Durchgang bis nach Cuzco, der Hauptstadt des Inkareichs besteht. Wie verläuft, sollen durch diesen Durchgang die Diener des alten Sonnensohns frische Fische nach der Kaiserstadt transportiert haben. Wie die Ueberlieferung vermeldet, wurde, als die Macht der Inkas im Sinken be-

griffen war, der Tunnel zerstört, was auch durch die neuentdeckten Dokumente bestätigt wird. Der bemerkenswerteste der früheren Versuche, die Höhle des Inka zu durchforschen, war der des französischen Admirals Bougainville, der nach einer Kreuzfahrt im Pazifik um die Mitte des 18. Jahrhunderts mit seiner Flotte von Segelschiffen bei Arica Anker warf. Er verwendete seine Matrosen dazu, mit Äxten und Schaufeln den Eingang der Höhle frei zu machen. Nach vier Wochen angestrengter Arbeit mußte das Unternehmen aufgegeben werden, und der Admiral mußte die Heimreise antreten, ohne seinen heißen Wunsch, das Geheimnis des Inka aufzuklären und sich der angeblichen Schätze zu bemächtigen, erfüllt zu sehen.

Jetzt nimmt Guillerme Walker die Bemühungen wieder auf. In fleißiger Arbeit hat er einen Organisationsplan für die Erforschung aufgestellt und sich dabei die Mitarbeit von Einheimischen gesichert, die mit der Topographie des Morrofelsens vertraut sind. Bei seinem ersten Versuch, in die Höhle einzudringen, mußte er die Arbeit aber infolge Luftmangels und des Fehlens geeigneter Instrumente zur Felsensprengung einstellen; immerhin ist er auf eine Entfernung von 250 Meter vorgedrungen und konnte die Spuren früherer Arbeiten feststellen. Wie er erklärt, bilden riesige Grotten im Innern der Höhle wahre Tempel. Der Weg verengt sich dort so, daß stellenweise nur eine Person vorwärtskommen kann. Im Laufe der Jahre ist die Höhle des Inka bei der örtlichen Bevölkerung populär geworden. Zur Zeit befindet sich am Eingang ein Bild der Jungfrau, das Ziel zahlreicher Pilger aus den umliegenden Siedlungen. Sie legen vor der Statue Blumen- und Kerzenopfer nieder und besetzen brennende Fackeln, die in der Nacht der Höhle ein phantastisches Aussehen geben. Aber in der ungehörten Einsamkeit der unbekannteren Grotten macht die Höhle des Inka eifersüchtig über das Geheimnis ihrer Größe und des kostbaren Inhalts, den sie birgt oder bergen soll.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, 1. u. 2. Treppen rechts, zu richten

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

- Wählgang, Bilanzfeststellung:** Heute Lokal-Schule, Adalbertstr. 21. Tagesordnung: 1. Schulgemeinschaft. 2. Geschäftliches und Verschiedenes. Beginn pünktlich 20 Uhr.
- 1. Kreis Verlaues Berg, Grenzbezirk:** Am Freitag, 30. September, beginnt in der Volkshalle der Volkshilfsverein, Bismarckstr. 44, ein neuer Anhängerkreis. Derzeit ist nur für Parteigenossen eingetragt und kostenlos. Die erwarteten zahlreicheren Teilnehmer, Anmeldungen am ersten Anhangabend oder vorher bei Genossen Adolf Spöck, R. 58, Choriner Str. 45.
 - 2. Kreis:** Die Rinderfreunde unseres Kreises veranstalten gemeinsam mit dem Rindergruppen der P.C.K.A. ihren Spiel- und Sporttag am Sonntag, dem 25. September. Plakette und (nur im Vorverkauf) zum Preise von 20 Pf. bei allen Helfern und Kindern zu haben. Eintritt an der Kasse 20 Pf. Aus dem Programm: Vorträge, Kreisfeste, Kasperle, Stoffetten, Handball- und Völkerballspiele usw. Um 18 1/2 Uhr meist Bürgermeister Genosse Meißel ein „Sturmvolk“-Festspiel und hält die Ansprache bei der Schlußfeier. Anfang 19 Uhr.
 - 3. und 4. Kreis:** Zusätzliche Geschäftsbesprechungen finden heute von 17 bis 18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 21 statt. Gelegenheit zum Ringenaustritt.
 - 5. Kreis:** Anlässlich des Berliner Studententages spielen am Sonntag, dem 24. September, um 17 Uhr im Volkspark Marienpark, die ersten Männermannschaften der freien Turnerschaft Tempelhofer und des Athletik-Sportclubs.
 - 6. Kreis:** Zum Filmabend am Dienstag, 27. September, sind Karten beim Genossen Wenzel, Oldenburger Str. 21, und bei Schmidt, Willestr. 17 (Lokal), für 40 Pf. zu haben. Beginn pünktlich 18 und 20 Uhr. Erwerblosentarten zur 16-Uhr-Vorstellung 20 Pf. (nur beim Genossen Wenzel).
 - 7. Kreis:** Die Wählerberechtigung für die Reichstagswahlen am 30. September beim Kaiserpark abzeichnen.
 - 8. Kreis:** Die Wählerberechtigung für alle geschlossenen an der Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenkbauwerks am Sonntag, 23. September, 12 Uhr. Genosse Carl Seewitz hält die Weisrede. Treffpunkt: Britanische Gasse, Spandauer Straße.
 - 9. Kreis:** Wählgang, Bezirksführer! Heute um 18 Uhr Abrechnung in meiner Wohnung.
 - 10. Kreis:** Die Befähigung der Stadtraubmeldung findet um 16 Uhr statt. Treffpunkt: Einheitsstelle der Straßenbahn-Linie 27 (Waldow).
 - 11. Kreis:** Politische Zusammenkunft am Montag, 26. September, an bekannter Stelle. Voraussichtlich 100 Teilnehmer. Beginn um 19 1/2 Uhr.
 - 12. Kreis:** Der „Junge Ober“ gibt heute, Sonntag, am 25. September, zu Gunsten des Jugendvereins ein Festspielabend am Parkstein.
 - 13. und 14. Kreis:** Sonntag, 24. Uhr, im Stadttheater Köpenick, Einheitsabend, gemeinsam mit dem Kaiser- und Gemäldeklub. Es werden neue Kampflieder — March der Eisenen Front — gefungen. Wir bitten alle Mitglieder, daran teilzunehmen.
 - 15. Kreis:** Montag, 26. September, ab 18 Uhr, Quartalsabrechnung beim Genossen Boge, Hubertusstr. 3. Sämtliche Karten sind vorzulegen.

Frauenveranstaltungen.

- 1. Kreis:** Gemeinsamer Ausflug nach Hellenshof. Treffpunkt 12 Uhr Konradplatz. Rückkehr: Endhaltestelle Straßenbahn-Linie 129, Restaurant Sporthaus.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Wählgang! Die Kreise werden gebeten, die Handhaben des Zeitplans eingehend in der Geschäftsstelle abzuholen. Die Handgegebene liegen nur noch bis Ende September aus.

Wählgang, Bezirksführer! Unserer Kreisführerfahrt findet bestimmt statt. Treffpunkt heute, 17 1/2 Uhr, Schleißer Bahnhof, Haupteingang. Alle Gruppen müssen vertreten sein.

Kreisberg: Wählgang, Bezirksführer! Die Helfenden, die mit in Blankenfelde waren, treffen sich am Montag um 17 1/2 Uhr im Heim Pöckstr. 11 zur Besprechung des Kreisabends. In dieser Besprechung werden die Beschlüsse der Wählgänge diskutiert. Voraussichtlich Rückkehr: am Montag, 26. September, um 17 Uhr am Eingang des Hochbahnhofes Köpenicker Tor, die Helfenden der Abteilungen Wassertrichter und Säben um 17.30 Uhr am Hochbahnhof Feinsingerstraße abgeholt.

Kreis Köpenick: Rote Fäden der Gruppen Vorkämpfer, Kämpfer, Quäker, Sturm, Karl Gieser sind heute, Sonntag, im Kreisheim um 17 Uhr pünktlich zur Stelle. — Jung- und Rotefäden, die sich am Sportfest in Reichshausheim beteiligen, treffen sich am Sonntag um 13 Uhr am Rathaus Köpenick im Füllentwurf und mit Wägen. Unkosten 20 Pf. — Füllentwurf: Wir treten am Montag um 17 1/2 Uhr im Kreisheim. — Rotefäden: Alle Gruppenleiter sind am Montag um 17 1/2 Uhr in der Parade Gendarmenstraße. Abrechnungen mitbringen. — Helfenden: Treffpunkt am Montag um 18 Uhr in der Parade.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

28. Wkt. Unser Genosse Ernst Davidsohn, Saarbrücker Str. 13, ist plötzlich verstorben. Ohne seinem Andenken Beerdigung Sonntag, 26. September, um 13 Uhr, jüdischer Friedhof, Weißensee, Vorhänger Straße, neue Halle. Regen Beteiligung wird erwartet.

31. Wkt. Unser Genosse Hugo Fischele, Stalpfische Str. 30, ist plötzlich am 17. September verstorben. Die Mittellochheit ehrt das Andenken des Verstorbenen durch zahlreiche Beteiligung bei der Einweihungsfeier heute, Sonntag, 24. September, um 16 1/2 Uhr, im Krematorium Gendarmenstraße.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, 1. u. 2. Treppen rechts, zu richten

Verleitetes Döckchen des C.K.A.: Heute Treffpunkt 18 1/2 Uhr im U-Bahnhof Söding, Ausgang Ringbahnstraße. Beteiligung hohe Werbebeleg Tempelhofer.

Heute, Sonntag.

Kampfbücherei: Treffpunkt 18 1/2 Uhr „Globe“ zur Werbung. — **Röpenicker Viertel:** 17 1/2 Uhr Schloßstr. Tor: Pflichtverpflichtung. — **Rathenowstr.:** Treffpunkt 18 Uhr, Rathenowstr. Kampfbüchereiverkauf. Morgen, 10 Uhr, ebendort, Werbung.

Werbebeleg Verlaues Berg: Treffpunkt U-Bahnhof, Treffpunkt: Radfahrer 18 Uhr, Helfende: Gruppen: 18 Uhr, Verlaueser Allee, 18 Uhr, Hfl. Gefundenen und Helfende, Radfahrer 20 Uhr, Hfl. Verlaueser Allee, morgen 7 Uhr, Hfl. Verlaueser Allee, werden mitbringen.

Werbebeleg Köpenick: Treffpunkt zur Arbeitsfahrt nach Köpenick 18 1/2 Uhr, Hfl. Köpenick. — **Alte 1. und 2. Gruppenleiter** müssen erscheinen. Unkosten

1. Kreis: Schreibzug mitbringen. — „Der Querschnitt“ probiert pünktlich 19 Uhr Sommerbad, Grenzallee.

Werbebeleg Tempelhofer: Samstagabend 20 Uhr im Realgymnasium Tempelhofer, Kaiserin-Augusta-Str. 20. Ca. 5000 „Verleitetes Döckchen“ der C.K.A. Alle Genossen und Genossinnen sind pünktlich 19 Uhr vor dem Realgymnasium. Fastentocht.

Werbebeleg Reinickendorfer: 17 Uhr Außenplatz Tempelhofer, Seidelstraße, Zusammenkunft aller Genossen. Fastentocht. Anlässlich im Heim Seidelstraße 1: Vorhandlung 19 1/2 Uhr. — Spieltruppe „Halgendogel“ der Matronen, Gießerstr. 94: 19 Uhr Gesangsstunde, 20 Uhr Sprechchor.

Morgen, Sonntag.

Steg 1: Treffpunkt zur Fahrt 7 Uhr Rathaus. — **Steg 2:** Treffpunkt zur Fahrt 7 Uhr Hfl. Hermannstr. 80 Pf. Unkosten. — **Steg 3:** Fahrt nach Ruhle Wampe, 7 Uhr Hfl. Schönhauser Allee.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Reichshaus: Berlin SW 14, Seelitzstr. 37-38, 2. Etz. Ritz (Aussage): Sonntag, 24. September, 21 Uhr, Treffpunkt in Jungbannerversammlung bei Feldmann, Chausseestr. 27. (40 Pf. Fahrgeiß mitbringen). — **Wedding (Ostseeverein):** Sonntag, 25. September, Einheitsfeier des Gedenkbauwerks des Kameraden Friedrich Ebert. Antrittes (Kameraden 11 1/2 Uhr bei Reichert, Müllerstr. 88 (Schulze-Winkelstr.). — **Verlaues Berg, Kameradschaft Seefelders Platz:** Unter Kamerad Ernst Bonthof ist verstorben. Beerdigung Sonntag, 25. September, 13 Uhr, Weisensee. Um rege Beteiligung wird gebeten. — **Wohlfahrt-Gesellschaft, Jungbannerversammlung:** Sonntag, 25. September, 7 1/2 Uhr, Antrittes in Uniform vor dem Reichshaus Grünau zur Rotenbohrerfahrt nach der Tübinger.

Interessen-Verein der nach Verleitetes Döckchen, „Anfall-Gilf“: Geschäftsstelle: Berlin SW 40, Rathenowstr. 8 (am Kränzelgericht). Sonntag, 24. September, 18 Uhr, Zusammenkunft der Mitglieder um 11-12 Uhr und 17-19 Uhr. **Freiwillige Gemeinde:** Sonntag, 11 Uhr, Pappelallee 15, Sonntag des Herrn Ernst Himmel, Musikalische Mittagsstunde. **Zeitschriftliches Döckchen:** Dienstag: Ernst Gutzeit, Lehrgangskunden jeden Freitag, 20-22 Uhr, im Ober-Kassino, Realfürn, Weisenseit. 8. Höfer und Streicher willkommen.

Theater, Lichtspiele usw.

staats Theater

Sonntag, den 24. September

Staatsoper Unter den Linden

19 Uhr

Der Rosenkavalier

Staatliches Schauspielhaus

20 Uhr

Was ihr wollt

VOLKSBUHNE

Theater am Bülowplatz

D L, Norden 1944. Allabendlich 19 1/2 Uhr

Der Revisor

von Gogol - Regie: Heinz Hilpert

Carl Holz / Kardow / Haack / Verboeven

Städt. Oper

Charlottenburg

Fraunhofer 0231

Sonntag, 24. Sept.

Undine

Beginn 19.30 Uhr

Nettesheim, Schirach, Hösche, Cava, Gombert, Kandl, Baumann, Müller, Pechner

Dirigent: Breisach.

SCALA

Thyl. 5 u. 8 1/2 Uhr

JACKSHEA

WILSON, KEPPEL, BETTY TOGARE, LAI-FOUN, GENIA, NIKOLAJEWA, TRIO DARESCO

Winter Garten

8 Uhr 15. Flora 3434, Rindben str.

Das berühmte

DAYELMA - BALLETT

3 Swifts, Rudi Gras!

und weitere Künstler-Truppen

von internationalem Ruf.

Sonntag u. Sonntag je 2 Vorstellungen

4 u. 8.15 Uhr. 4 Uhr kleine Preise

HAUS VATERLAND

Restaurant

Berlins

RETIER, KEMPENSKI

LUNAPARK

Sonntag u. Sonntag in vollem Betrieb

Konzert FEUERWERK Tonz L. Fr.

Stettiner Sänger

Reichshaus-Theater

(Dönhofsplatz)

Merker A. & 1247, Dir. Meisel

Tgl. 8.15 Uhr, Sonntag

1.30 Uhr (ernstigte Pr.)

Eröffnungsprogramm

mit der Burleske

Freibad Krumme Lanke

Neue Kräfte. Preise 0.50 bis 2.25 M.

Vorverkauf 11-2, 5-9 Uhr.

Theater im Admiralspalast

Täglich 8 1/2 Uhr

Alpar

in Katharina

Theater Westens

bis 25. Septemb.

täglich 8 1/2 Uhr

Sigs. 4 u. 8 1/2 U.

Richard

Zauber

in Dreimäderlhaus

Metropol-Theater

Täglich 8 1/2 Uhr

Trigi

Maffary

in Eine Frau, die weiß, was sie will!

Deutsches Theater

Weidend. 5201.

8 Uhr

Rose Bernd

von Gerhart Hauptmann

mit Paula Wessely

Kammerspiele

8 1/2 Uhr

Schicksal nach Wunsch

Komödie v. Christa Winsloe

Regie: Adolf Beer

Melzer, Ulrich, Riemann, Abel, Brausewetter

CASINO-THEATER

Lothringer Straße 37.

Sonntag nachm. 4 Uhr

Nur noch wenige Aufführungen

Annemarie

Volksoperette - Musik von Glibert

Dann buntes September-Programm

Gutscheine für die Leser 1-4 Personen

Faut. 0.75 M., Sessel 1.35 M., Park. 0.50 M.

Bekanntmachung.

Die in der Zeit vom

1. April bis 30. Juni

1931 verletzten Pänder sind

verleitet worden. Ueber-

schüsse sind bis zum 24. März

1933 abzuheben.

Staatliches Leibamt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsbüro Berlin

Todesanzeige

Den Angehörigen zur Nachricht, daß

unser Liebling, die Arbeiterin

Klara Frerichs

geb. 30. November 1874, am 21. September

verstorben ist.

Ehe ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag

abend, dem 24. September, 19 1/2 Uhr

am Friedhof des Gendarmen-

Reichshaus, Prinzenallee, aus statt

Rege Beteiligung erwartet

Die Oratorienverwaltung.

Urteil.

Das Amtsgericht Borsdorf erkennt in

der Privatklage

1. des Geschäftsführers Theodor Glode

und

2. des Hauptgeschäftleiters Felebach

Stamper,

beide in Berlin,

gegen

den Schriftleiter Ludwig Rudolph in

Borsdorf wegen Uebertretung in der

öffentlichen Sitzung vom 30. Juni 1932

auf Grund der Hauptverhandlung zu

Recht:

I. Rudolph, Ludwig, geboren am

13. März 1907 in Borsdorf, leiblich,

Schriftleiter in Borsdorf, ist schuldig

zweiter in Tateinheit durch die Presse

verleitet zu werden den üblichen An-

zeige und wird deswegen zur Geld-

strafe von fünfzig Reichsmark, un-

genügend für den Fall der Unein-

bringlichkeit in eine Gefängnisstrafe

von 10 Tagen verurteilt.

II. Der Angeklagte hat die Kosten des

Verfahrens zu tragen sowie die den

Verleiteten ersprochenen notwendigen

Wohlfahrt zu erstatten.

III. Den beiden Privatklägern wird die

Befugnis ausgesprochen, den erfor-

dernden Teil des Urteils in den Zeit-

ungen „Berliner“, „Berlin“, und

„Kampf“, Borsdorf, binnen 14 Tagen

nach Rechtskraft öffentlich auf Kosten

des Angeklagten bekanntzumachen.

Urteil: X X X.

ges. Staatsanwalt, Amtsgericht Borsdorf.

Der Landtag vertagt sich.

Aber auch die letzte Sitzung wegen Nazifrachs gesprengt.

Der Preussische Landtag beschäftigte sich in seiner Sitzung vom Freitag, nachdem er die Anträge über die Sondergerichte erledigt hatte, mit einem Antrag des Handelsausschusses, der das Staatsministerium ersucht, alle irgendwie möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um den Betrieb des Peiner Walzwerks und der Silesder Hütte aufrechtzuerhalten. Mit der Beratung verbunden sind mehrere andere Bergwerksanträge.

Abg. Vogt (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag gegen die beabsichtigte Stilllegung der Zeche „Präsident“ in Bochum

und betont, daß durch diese beabsichtigte Stilllegung vier Nachbarzechen gefährdet würden. In der Bevölkerung Bochums habe die Ankündigung der Stilllegung ungeheure Erregung hervorgerufen. Es handle sich um modernste Schachtanlagen. Das Unternehmen, das früher durchaus gesund gewesen sei, sei durch hemmungslose Konzentrationsbestrebungen und Angliederung dem Ruin entgegengeführt worden. In seinen weiteren Ausführungen verlangt der Redner die Verstaatlichung des Bergbaus. Das System der Subventionen könne man nur als Übergangsercheinung betrachten, und nur beim Erzbergbau werde eine Ausnahme gemacht, weil dieser zu den konjunkturrempfindlichsten Betrieben gehöre.

Abg. Dr. Meyer-Westfal (Nsoz.) nennt es ein Vergehen gegen die Gesundheit des schaffenden Volkes, wenn man heute im Bergbau eine Lohnsenkung fordere.

Abg. Rüfen (S.) erklärt, es müsse alles getan werden, um die Stilllegung der Zeche „Präsident“ zu verhindern. Neue Lohnsenkungen hätten im Ruhrgebiet ungeheure Empörung hervorgerufen. Die Rationalisierung sei im Ruhrgebiet von den Unternehmern planmäßig und ohne Rücksicht auf die Interessen der Arbeiterschaft durchgeführt worden.

Abg. Krämer (Komm.) nimmt gegen die beabsichtigte Stilllegung der Silesder Hütte und des Peiner Walzwerks Stellung.

Abg. Dr. von Waldhausen (Dnat.) erklärt, daß gerade die Gewerkschaften die Rationalisierung gefordert hätten. Es liege ihm aber fern, den Gewerkschaften daraus einen Vorwurf zu machen.

Präsident Kretz nimmt hierauf in seiner Abgeordneteneigenschaft das Wort, um sich zu dem Antrag über das Peiner Walzwerk und die Silesder Hütte zu äußern. Er nennt die Forderung auf Sozialisierung der Betriebe demagogisch, da seinerzeit, als die Frage einmal akut war, ausgerechnet die sozialdemokratisch-kommunistische Betriebsvertretung sich mit allen Mitteln dagegen gestäubt habe. (Widerspruch.)

Die vom Ausschuss vorgeschlagenen Anträge werden darauf vom Landtag bestätigt. Das Staatsministerium wird ersucht, die Bestimmungen zum Schutze des Lebens der Bergarbeiter

in aller Schärfe anzuwenden. Durch eine Verfügung sollen die gesetzlichen Betriebsvertretungen ermächtigt werden, bei dringender Gefahr für Leben und Gesundheit der Bergarbeiter bestimmte Arbeitsstellen stillzulegen, bis die Entscheidung der Aufsichtsbehörde herbeigeführt ist.

Ebenso wird der sozialdemokratische Antrag gegen die beabsichtigte Stilllegung der Zeche „Präsident“ bestätigt.

Das Haus geht dann zur zweiten Beratung des nationalsozialistischen Gesetzentwurfs über die

Vorverlegung der Gemeindevahlen

auf den 6. November über. Im einzelnen sollen nach einem neuen Antrag der Nationalsozialisten außer den Gemeindeparlamenten auch die Provinziallandtage, Kommunalparlamente und Kreistage gewählt werden.

Abg. Brückner (Nsoz.) begründet den Antrag und erklärt, Reaktion und Sozialdemokratie ständen in einer merkwürdigen Einheitsfront gegen die Neuwahl. Der Sturm auf gegen das System Braun-Seringer sei nicht damit zu Ende, daß an ihre Stelle Dr. Brauns trete und im übrigen ein Staatsrat weiterbestehe, der als Fortsetzung des bisherigen Systems anzusehen sei.

Abg. Henken-Godesberg (S.) befürchtet, daß die in Aussicht genommene Verwaltungsreform auch noch den Rest der Selbstverwaltung beseitigen werde. Die Gemeinden müßten vor den Gefahren und Erschütterungen neuer Wahlen angesichts der allgemeinen Notlage bewahrt werden. Bei den Gemeindevahlen komme es mehr als bei den großen Parlamenten auf Erfahrung und Persönlichkeit der gewählten Vertreter an als auf die politische Einstellung.

Abg. Harnisch (Soz.)

wendet sich zunächst gegen die Nationalsozialisten, die alle Anstrengungen machten, einen Landtagswahlkampf zu vermeiden. Ihnen komme es nur darauf an, die deutschen nationalen Vertreter in den Gemeinden zu verdrängen. Die Sozialdemokratie scheue eine Wahl nicht, sehe aber gegenwärtig dazu keine Notwendigkeit. Die große Verwaltungsreform habe bisher nicht durchgeführt werden können, weil die Rechte sie verhindert habe. Die Notlage der Gemeinden sei entstanden durch die Wirtschaftskrise und die Fürsorgepflicht; die Sozialdemokratie trage dafür keine Verantwortung. Jetzt, wo der Entscheidungslampf um die großen politischen Probleme und um Weltanschauungen geführt werde, sei keine Zeit für die kleinsten Gesichtspunkte, die bei Gemeindevahlen eine Rolle spielen.

Abg. Schwent (Komm.) tritt für die Vorverlegung der Gemeindevahlen ein.

Abg. Dr. von Aries (Dnat.) erklärt, die Deutschnationalen händen Gemeindevahlen durchaus sympathisch gegenüber. Sie könnten dem nationalsozialistischen Antrag aber nicht zustimmen, weil sie Grund zur Annahme hätten, daß die Regierung Braucht in aller Kürze eine weitgehende Verwaltungsreform auf dem kommunalen Gebiet ins Werk setzen werde. Eine Neuwahl vor dieser Verwaltungsreform sei nicht zweckmäßig.

An die zweite Sitzung schließt sich sofort die dritte Beratung. Der nationalsozialistische Gesetzentwurf wird mit den Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten verabschiedet.

Das Haus legt dann die am Donnerstag unterbrochene politische Aussprache

politische Aussprache

über die Haushaltsnotverordnung fort. Mit der Beratung verbunden sind u. a. die Badenerordnung Dr. Brauchs und ein kommunistischer Antrag auf Amnestiehebung des Berliner Polizeipräsidenten Dr. Melcher.

Abg. Schmölzer (S.) erklärt, die wichtigste Aufgabe des Parlaments sei es, durch Rechtsbildung eine gesunde Staatsführung zu gewährleisten. Wenn sich das Parlament als unfähig erweist,

Staatsnotwendigkeiten zu beschließen, auch wenn sie unpopulär sind, dann bedeutet das den Tod des demokratisch-parlamentarischen Systems. Möglichkeiten einer Wehrheitsbildung dürfen nicht zerfallen werden; ob sie vorhanden sind, wird sich ja noch erweisen. In einer solchen Arbeitsgemeinschaft wird sich das Zentrum jedenfalls niemals einseitig festlegen lassen. Wir wollen das Parlament nicht ausschalten lassen von der Führung der Geschäfte des Staates. Aber ein Parlament darf nicht einer Regierung immer in den Arm fallen. Wenn wir die Volksrechte nicht zugrunde gehen lassen wollen, müssen wir eine starke arbeitsfähige Wehrheit bilden und Sympathie und Antipathie hinter das Wohl des Staates zurückstellen. Wir fühlen uns durchaus nicht als reizige Sünder, sondern wir sind frei von jeder Bindung und bereit, uns auf ein praktisches Arbeitsprogramm zu einigen.

Abg. Kunz (Komm.) wendet sich in längeren Ausführungen gegen die Nationalsozialisten und erklärt u. a., die SA, die dreimal zur Revolution angetreten, aber immer wieder zurückgerufen sei, sei dieses Spiels überdrüssig. In Papen sei Hitler ein überlegener Konkurrent entstanden.

Abg. Wigand (D. Sp.) gibt namens der deutschsozialistischen Gruppe eine Erklärung ab, in der dem Bedauern darüber Ausdruck gegeben wird, daß der Landtag bisher noch keinen verantwortlichen Ministerpräsidenten gewählt habe. Die Inangriffnahme der Verwaltungsreform wird begrüßt, wenn auch gegen Einzelheiten Bedenken beständen.

Sitzung wieder unterbrochen.

Als dann der Abg. Ruchke (Staatsp.) an das Rednerpult tritt, wird er von den Nationalsozialisten mit Gelächter und Rufen begrüßt: „Jetzt kommt, nun aber lauter!“ Die ersten Worte des Redners bleiben daher unverständlich.

Trotz der Mahnungen des Vizepräsidenten Dr. von Aries dauert die große Unruhe auf der rechten Seite des Hauses an. Der Lärm steigert sich noch, als Abg. Ruchke von demagogischen Behauptungen des Abgeordneten Kube

in seiner gestrigen Rede“ spricht, so daß von den Ausführungen des Redners überhaupt nichts mehr zu hören ist.

Auch der Vizepräsident kann sich nicht mehr verständlich machen und berät sich mit den Schriftführern. Der deutschnationale Fraktionsführer Dr. von Winterfeld begibt sich schließlich zum Vizepräsidenten und spricht mit ihm. Dr. von Aries verläßt das Präsidium und unterbricht dadurch die Sitzung. Die Nationalsozialisten brechen in ein Gelächter aus.

Nach einer Pause von etwa 10 Minuten eröffnet Vizepräsident Dr. von Aries die Sitzung wieder und teilt mit, daß er vorhin die Ruhe nicht habe aufrechterhalten können, weil er die Namen der Ruhestörer nicht gekannt habe. Er habe sie deshalb nicht zur Ordnung rufen können. Er bitte die Abgeordneten, die Ruhe nunmehr zu bewahren, damit die Verhandlungen fortgeführt werden könnten.

Als hierauf Abg. Ruchke (Staatsp.) das Wort zur Fortsetzung seiner Ausführungen erhält, verlassen die Nationalsozialisten bis auf einige Abgeordnete den Sitzungssaal. Der Redner verteidigt den ehemaligen Reichsfinanzminister Dietrich gegenüber Vorwürfen des Abgeordneten Kube (Nsoz.)

Vizepräsident Dr. von Aries erteilt hierauf nachträglich dem Abgeordneten Frhr. von Eih-Rüdenach (Nsoz.) wegen Ruhestörung einen Ordnungsruf.

Die Haushaltsnotverordnung und die mit ihr verbundenen Gegenstände werden dem Hauptausschuß überwiesen.

Ein kommunistischer Antrag auf Aufhebung sämtlicher Zeitungssperren und auf Amnestiehebung des Berliner Polizeipräsidenten Dr. Melcher wird mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Annahme findet auch noch ein nationalsozialistischer Antrag, der das Staatsministerium ersucht, auf die Reichsregierung einzuwirken, aus der für das Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgeschlagenen Summe von etwa 200 Millionen Mark einen Betrag von etwa 25 Millionen Mark für die Kleinzeitschriftenindustrie bereitzustellen und bei allen staatlichen Aufträgen die Kleinzeitschriftenindustrie stärker als bisher zu berücksichtigen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Das Haus erteilt dem Präsidenten die Ermächtigung, von sich aus nach Bedarf den Termin der nächsten Landtagsitzung festzusetzen. Falls nicht besondere Umstände eintreten, ist mit dem Wiederzusammentritt des Landtags erst nach den Reichstagswahlen zu rechnen. Schluß 19 1/2 Uhr.

Politik im Krankenhaus.

Was unter Schmincke im Neuköllner Krankenhaus möglich wurde.

In ein Krankenhaus gehört keine Politik. Im Neuköllner Krankenhaus schien man anderer Meinung zu sein. Unter der Leitung des Kommunisten Dr. Schmincke haben sich hier untragbare Verhältnisse herausgebildet. In einer Betriebszeitung „Die rote Eiche“ wurden die tollsten Angriffe gegen nichtkommunistische Mitarbeiter des Hauses gerichtet. In einem Sonderausschuß der Neuköllner Bezirksversammlung hat man in diese Mischgeschäften einmal hineingelookt. Ueber das Ergebnis der Untersuchung erhalten wir folgende Darstellung:

Der verantwortliche Leiter, der Kommunist Dr. Schmincke, führte vor dem Ausschuss die Mißstände, die in der „Roten Eiche“ geschildert wurden, auf die Sperrmaßnahmen des Berliner Magistrats und falsche Berichterstattung seines Krankenhausdirektors zurück. Infolge der Kritik in der „Roten Eiche“ waren eine Reihe Ärzte, Schwestern, Beamte und Pflegepersonal vernommen worden. Aus den Protokollen ging hervor, daß auf einzelnen Stationen des Krankenhauses, insbesondere auf der Station XIV zwischen kommunistischen Ärzten, Schwestern usw. und Andersgesinnten ein sehr gespanntes Verhältnis herrsche, das auch auf die Patienten nicht ohne Einfluß blieb. Zur Zeit der Reichspräsidentenwahlen hatten kommunistische Patienten ihre Betten mit Plakaten: „Wählt Thälmann!“ geschmückt. Zwischen den Hausdienern und den kommunistischen Ärzten fanden auf den Korridoren politische Diskussionen statt.

Während so auf der einen Seite kommunistische Agitation betrieben wurde, betrieb die Schwester Böhm Agitation in nationalsozialistischem Sinne. Sie bestritt natürlich alles, aber in ihren Personalakten fanden sich Schreiben an Patienten aus dem Jahre 1930, die damals schon gegen die nationalsozialistische Agitation der Schwester protestierten. Um aber der Schwester Gelegenheit zu geben, sich auszusprechen, wurde sie vor den Personaldelegierten geladen. Dort hat sie dann im Beisein von zwei Beamten in recht frecher und zynischer Weise eine „Verteidigungsrede“ gehalten. Das ungebührliche Auftreten führte zur Kündigung. Gefündigt wurden auch zwei kommunistische Ärzte. Der Hausdiener Becker, der im Verdacht steht — bewiesen ist es nicht —, die „Rote Eiche“ redigiert und verbreitet zu haben, wurde verhaftet. Die SPD verlangte die Rückverlegung und Vorlegung der Personalakten, um herauszubekommen, warum Becker verdächtigt werde. Dabei stellte sich heraus, daß Becker als entlassener politischer Strafgefangener durch Vermittlung der Gefangenenfürsorge als Hausdiener ins Krankenhaus kam. Aus den Strafakten geht aber hervor, daß Becker nicht wegen politischen Nord, sondern wegen Raubmord zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt wurde und 6 Jahre davon verbüßt hat. Nur weil er bei Begehung der Tat noch jugendlich war, lautete das Urteil auf die Höchststrafe von 10 Jahre Gefängnis. Becker wurde nur als Aushilfe eingestellt, blieb aber dann da, weil er sich durchaus einwandfrei führte und ein fleißiger Arbeiter war. Erst nach seiner Anstellung fiel er den kommunistischen Agitatoren zum Opfer. Becker wird nun wegen Einschränkung des Betriebs am 30. September entlassen.

Daß im Krankenhaus Neukölln eine üble politische Agitation in links- und rechtsradikalem Sinne getrieben worden ist, steht einwandfrei fest. Daß der kommunistische Stadtrat Dr. Schmincke nicht den Mut und den Willen gehabt hat, hier durchzugreifen, steht ebenfalls fest. Es bedurfte erst des Eingreifens unseres Genossen Stadtrat Radtke, als Vertreter des Bürgermeisters, um endlich Ruhe zu schaffen. Jetzt möchte man vor der Reichstagswahl alle Schuld der Sozialdemokratie in die Schuhe schieben. Aber alle Verdrehungskünste der Links- und Rechtsradikalen können die Schuld des kommunistischen Stadtrats nicht beseitigen. Waren es doch gerade die Deutschnationalen und Volksparteiler, die im Januar 1927 den jungen kommunistischen sächsischen Landtagsabgeordneten und Badearzt Dr. Schmincke — ohne ihn zu kennen — wählten, nur weil als Gegenkandidat ein Nichtfachmann der Sozialdemokratie aufgestellt war. Jetzt zeigt sich, daß ein Arzt noch lange kein tüchtiger

Verwaltungsfachmann sein muß. Jetzt möchten dieselben bürgerlichen Parteien, daß Dr. Schmincke das Dezernat abgenommen wird. Die Sozialdemokratie wird ihnen die Verantwortung nicht abnehmen.

Zweiter billiger September-Sonntag im Zoo. Am heutigen Sonntag, 24. d. M., kostet der Eintritt in den Zoologischen Garten für Erwachsene 50 Pf., für Kinder bis zu 10 Jahren 25 Pf.; dieselbe Ermäßigung gilt für das Aquarium.

Filmmatinee der Kinderfreunde am Sonntag, 25. September, in der „Alhambra“, Schöneberg, Hauptstraße 30. Einlaß 11 Uhr. Kinder 30 Pf., Erwachsene 50 Pf.

Wetterausblick für Berlin: Meist bewölkt mit Regenfällen und sinkenden Temperaturen. — Für Deutschland: Im Süden und Südosten noch warm bei frischen südwestlichen Winden, im Nordwesten leicht veränderlich, einzelne Schauer, kühl im übrigen Reich stark bewölkt mit Regenfällen und erneute Abkühlung.

KALTES WETTER

aber warme Füße in leiser-Kamelhaarschuhen



Kamelhaar-artige Umschlag-schuhe mit Filz- und Ledersohle

145

Reine Woll- u. Kamelhaar ab 195

Leiser

Frankreich europäischer Kapitallieferant?

Die französischen Finanzen unter den Wirkungen der Krise.

Der Abstrom französischen Geldes nach Amerika, die Konversion der französischen Staatsrenten, Frankreichs Zurückhaltung in Strafe haben von neuem die Aufmerksamkeit auf Frankreichs mögliche Rolle als Kapitalexporteur für den europäischen Wiederaufbau gelenkt. Frankreich hat heute selbst nicht unbedeutliche Kapitalreserven.

Seit Ende 1926 hatte die Bank von Frankreich Gold über Gold an sich herangezogen. Das ganze Weltwährungssystem ist unter dem Druck der französischen Bemühungen, möglichst viel Kapital nach Frankreich zu ziehen und wenig zu verborgen, durcheinandergelassen. Erst in den letzten Monaten wechselte der Goldstrom seine Richtung und zwang auch die Bank von Frankreich verschiedentlich zu größeren Goldabgaben. Diese Tatsache hat neue Erwartungen auf eine vordringende Erschließung des französischen Kapitalmarkts, besonders für Europas Wiederaufbau, aufkommen lassen.

Aber die neuerlichen Goldabgaben der Bank von Frankreich (die übrigens jetzt schon wieder überwunden zu sein scheinen) sind keine Zeichen für einen Wandel der französischen Anlagepolitik. Sie standen in Verbindung mit der New-Yorker Börsenhausse, die große europäische Kapitalmengen an sich zog, natürlich auch französische Spekulationkapital. Aber nicht in bedeutenden Mengen. Die französische Spekulation stand und steht noch jetzt der New-Yorker Aufwärtsbewegung sehr skeptisch gegenüber. Dagegen hat eine sehr beträchtliche Umlagerung englischer Finanzkapitalien von Paris nach New York stattgefunden. Währungsmäßig war die Wirkung dieser Umlagerung die gleiche wie die etwaiger französischer Kapitalexporte. Gegen französische Franken wurden Dollar gesucht. Mit anderen Worten: die Bewertung des Franken gegenüber dem Dollar schwächte sich ab. Der Dollar überstieg vorübergehend den Goldgehalt mit der Folge, daß statt den nachgefragten Dollars Gold nach New York überführt wurde. Prinzipielle Bedeutung kommt demnach den letzten französischen Goldexporten nicht zu. Aus ihnen Hoffnungen auf eine Erschließung des französischen Kapitalmarkts zu hegen, wäre verfehlt.

Grundsätzliche Hemmungen.

Zimmer wieder ist in den letzten Jahren die Erschließung des französischen Kapitalmarkts in den Vordergrund der internationalen Diskussion gezogen worden. Der Kapitalüberschuß in Frankreich und die damit verbundenen niedrigen Zinssätze auf der einen Seite, und die Kapitalnot des Auslandes, das sehr hohe Zinsen bewilligt, auf der anderen hätten nach den Grundsätzen der Rationalökonomie ohne weiteres zu einem natürlichen Ausgleich durch französische Kapitalexporte führen müssen. Und zwar um so mehr, als auch der französische Staat durch seine Wirtschaftspolitik den Kapitalexport zu fördern suchte, z. B. durch starke Herabsetzungen der Zinsen- und Wechselsteuern für ausländische Papiere, durch eine Teilreform des Aktienrechts, eine Reform der Pariser Börse, die Schaffung der geschlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Investementtrusts in Frankreich, die Errichtung einer Akzeptbank. Wenn trotzdem ein wesentlicher französischer Kapitalexport nicht zustande kam, so ist dies auf verschiedene Hemmungen grundsätzlicher Art zurückzuführen.

Vor allem: der Franzose ist vorsichtig und will sicher gehen. Er will ruhig schlafen können, wenn er Geld verborgt und verlangt eine besonders sichere Anlage. In der Vorkriegszeit hatte Frankreich etwa 45 Milliarden Goldfranken Anleihen ans Ausland gewährt, die zum überwiegenden Teil verlorengegangen sind. Kein Wunder, wenn heute der französische Kapitalist große Neigung verspürt, neue Geschäfte mit dem Ausland zu risieren.

Außerdem bestehen Mängel im französischen Bankensystem, die das Ausfließen von Kapitalanlagen ins Ausland erschweren. Die französischen Banken sind in ihrem Arbeitskreis sehr stark abgegrenzt. Die Depositenbanken (mit der Crédit Foncier und dem Comptoir National an der Spitze) saugen durch ihr umfassendes Filialnetz die Spareinlagen auf, beschäftigten sich aber nur mit dem Depositen (Einlagen) und dem Discontogeschäft (Wechselkauf). Demgegenüber haben wieder die Emissions- (Anleihe-) Banken (wie etwa die Union Parisienne und die Banque de Paris et des Pays Bas), die sich mit der Großfinanzierung und dem Auslandsverkehr befassen, keine direkte Fühlungnahme mit dem Publikum. Ohne das zeichnungsfreudige Publikum ist aber großer Kapitalexport nicht möglich. Wo trotzdem Auslandsanleihen gewährt wurden, lagen meist politische Ursachen vor, wie bei den Anleihen für die Ostländer.

Aktuelle Sorgen.

Diese Hemmungen werden aber wesentlich verschärft durch verschiedene aktuelle Räte. Vor allem hat die inländische Kapitalbildung ihr Tempo stark verringert. Die französische Inflation hatte dem Spargedanken keinen Abbruch getan. Von Monat zu Monat stiegen die Spareinlagen an. Durch die Wirtschaftskrise hat sich seit Mitte des vergangenen Jahres die Sparfähigkeit ganz außerordentlich verringert. Zum Teil durch die Einkommensminderung der Beschäftigten und die wachsende Arbeitslosigkeit, zum Teil aber auch durch die Zunahme des Strumpfsparens aus Misträuen. Nur etwa 10 Proz. der von der Bank von Frankreich ausgegebenen Renten laufen um. Der Rest ist größtenteils gehamstert. Für den Kapitalmarkt sind die gehamsterten Beträge natürlich verloren. Größer sind aber noch die Verluste aus der Zahlungsbilanz mit dem Ausland.

Der weitaus größte Posten, den Frankreich im Verkehr mit dem Ausland früher vereinnahmte, stammte aus dem Fremdenverkehr. Es ist in den letzten Monaten stark zusammengeschrumpft. Die Reparationseinnahmen, die dem Touristenverkehr mit einigem Abstand folgten, haben ganz aufgehört. Die Zinsen, die Frankreich vom Ausland zu fordern hatte, sind durch die große Kapitalrückführung stark vermindert. Die Kapitalflucht nach Frankreich hat ihr Ende gefunden und die französischen Frochteinnahmen aus dem Ausland stehen mit der Einrückung des Welthandels ebenfalls auf einem Minimum. Kurz: die Kapitalkraft und die Kapitalneubildung Frankreichs haben gegenüber dem Stand der letzten Jahre eine beträchtliche Minderung erfahren.

Großer Inlandsbedarf.

Das macht sich bereits im normalen französischen Wirtschaftsverkehr störend bemerkbar. Die Industrie, die sich größtenteils früher aus eigenen Einnahmen finanzierte, ist heute infolge der Krisenverluste auf den Kredit angewiesen. Kredite zu erlangen ist zur Zeit jedoch in Frankreich nicht wesentlich leichter als in Deutschland. Aber nicht nur die Industrie, auch der Staat hat schwere Sorgen um seine Geldbeschaffung. Staatspapiere und Renten sind die klassische Anlage des französischen Sparers. Wenn man aber bedenkt, daß seit Ende des vergangenen Jahres große Posten

französischer Renten aus Rentnerkreisen an der Börse verkauft wurden, so ist das für den Staatskredit nur angenehm, um so unangenehmer, weil der Staat mit einem immer größeren Budgetdefizit zu kämpfen hat.

Ende 1929 hatte der französische Staat noch etwa 20 Milliarden Franken Rücklagen. Sie sind heute vollkommen aufgebraucht. Das laufende Finanzjahr wurde ohne eine Centime Rücklage begonnen. Der Ausfall von 1,1 Milliarde Franken, der während der ersten vier Monate des laufenden Finanzjahres zu verzeichnen war, und der bis zum Jahresende schätzungsweise auf mindestens 6 Milliarden anwachsen wird, drückt daher in seinem vollen Umfang. Er kann wohl nur durch neue Anleihen ausgeglichen werden.

Doch der Staat an eine Sanierung der Finanzen herangehen muß, ist selbstverständlich. Jetzt hat sich das Kabinett Herriot, angeleitet durch den Erfolg der englischen Konversion, zu einer Herab-

setzung der Zinssätze für 85 Milliarden französische Staatspapiere entschlossen. Seit Montag laufen die Zeichnungen für die Konversion. Wenn auch die verlangten Auszahlungen bisher gering sind, so bedeuten sie doch eine volle Belastung. Ob die französische Konversion den gleichen Erfolg wie die englische haben wird, ist offen. Aber selbst wenn es so wäre, dann müßten diesem ersten schnell weitere, nicht minder tiefgreifende Schritte folgen, um die Staatsfinanzen wieder in Ordnung zu bringen.

Der eigene Kapitalbedarf Frankreichs ist somit im Augenblick und in der nächsten Zukunft so groß, daß die Aussichten nicht groß sind, in absehbarer Zeit den französischen Kapitalmarkt dem europäischen Wiederaufbau nutzbar zu machen. Die Aussichten werden freilich auch nicht gebessert, wenn die Frage der Heeresrückstellungen, die immer zugleich eine Kriegs- und Friedensfrage ist, nicht im Sinne gründlicher allgemeiner Abrüstung in Europa gelöst wird. hhy.

Gegen Vergewaltigung der Städte

Der Deutsche Städteitag protestiert gegen Brachts voreilige Reform.

Es ist eine Ironie der Geschichte, daß ausgerechnet der Oberbürgermeister einer deutschen Großstadt, Herr Bracht, zum mindesten gegenüber der Jermüdigungspolitik an der kommunalen Selbstverwaltung sich nicht zur Wehr setzt, daß er bei seiner Verwaltungsreform sich über die Reformvorschlüsse seiner früheren Kollegen, des Preussischen Städteitages, einfach hinweggesetzt hat.

Gegen diese Methoden der Verwaltungsreform, gegen unzumessmäßige Staatseingriffe in die Selbstverwaltung hat der Deutsche und Preussische Städteitag auf seiner Vorstandssitzung am 23. September in Weimar nachdrücklich protestiert. Die Kommunalaufsicht über die mittleren und kleineren Städte muß nach Ansicht der Städte beim Oberpräsidenten zusammengefaßt werden. Wenn schon die zweite Instanz im Verwaltungsstreitverfahren beseitigt sei, dann müsse wenigstens verlangt werden, daß die Bezirksausschüsse mit Leuten besetzt würden, die die Kommunalverhältnisse wirklich kennen. Alle Verwaltungsaufgaben der örtlichen Instanz seien auf die Kommunen zu übertragen.

Widerspruch fordern vor allem heraus, daß in die grundsätzliche Neuordnung der Verwaltung die vorübergehenden Bestimmungen über die Einziehung von „Staatskommunalfürsorge für die Ablieferung von Staatssteuern“ aufgenommen seien. Das sei geeignet, der Hege, die von den Gegnern jeglicher Kommunalwirtschaft

betrieben werde, zu stützen, obwohl eine Richtablieferung von Staatssteuern ihren Grund allein in der ungenügenden Reichshilfe und in der mangelnden Staatsbeteiligung an den Wohlfahrtslasten habe. Die in jahrelanger Arbeit geschaffenen Haushalts-, Kassen- und Rechnungsordnungen hielten jeder Kritik stand und seien jeder Staatshaushaltsordnung gleichwertig.

Die Lasten aus der Arbeitslosenunterstützung vertrieben sich immer mehr von Reich und Staat auf die Gemeinden. Während die Lasten des Reichs sich in diesem Jahre um 150 Millionen Mark verringert haben, wird das Rechnungsjahr 1932 den Gemeinden neue Lasten in mindestens der gleichen Höhe infolge des Steigens der Zahl von Wohlfahrtsdienstleistungen bringen. Der Deutsche Städteitag schätzt den Fehlbeitrag aller deutschen Kommunen für 1932 auf 500 bis 600 Millionen Mark. Vom Reich müsse zum mindestens die sofortige Zahlung der eingesparten 150 Millionen Mark an die Gemeinden verlangt werden, zumal der Gemeinanteil an der Krisenfürsorge in Höhe von 1,35 Milliarden Mark in Wahrheit nichts weiter als eine Gemeinbeiträge für das Reich sei. Obwohl das Reich im Prinzip die Notwendigkeit einer einheitlichen Finanzierung der Arbeitslosenhilfe anerkannt habe, sei bisher in dieser Richtung tatsächlich so gut wie nichts geschehen. „So geht es einfach nicht weiter. Die Gemeinden, die ihre eigenen Aufgaben auf das äußerste abgebaut haben, brechen unter den vom Reich auf sie abgewälzten Arbeitslosenkosten zusammen.“

Schließlich wird neben der alten Forderung, die Arbeitslosenhilfe zu vereinfachen und das Nebeneinander von Arbeitsamt und Wohlfahrtsamt zu beseitigen, vom Deutschen Städteitag die neue Forderung erhoben, bei der Vergütung öffentlicher Arbeiten mehr als bisher Wohlfahrtsdienstleistungen (die am längsten arbeitslos sind) zu beschäftigen. Die Reichsregierung aber wird gewarnt, die Ermächtigung zur Reform der Sozialversicherung zu unsozialen Maßnahmen zu mißbrauchen.

„Die letzte Chance.“

Untergangsstimmung bei der Schwerindustrie.

Es steht schlecht mit dem privatkapitalistischen System. Niemand hat das so deutlich ausgesprochen wie der Reichskanzler von Papen in seiner im Rundfunk statt im Reichstag vorgetragenen Kanzlerrede. Dieses Bewußtsein lebt aber auch in der privatkapitalistischen Wirtschaft selbst. Es ist bemerkenswert, daß es das führende Organ der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie ist, die Wirtschaftszeitung „Ruhr und Rhein“ des Langmann-Bereins, die den Erfolg des Papen-Programms ebenfalls als letzte Chance des privatkapitalistischen Systems in Deutschland bezeichnet. „Ruhr und Rhein“ schreibt am 23. September folgendes:

Nur zum Handeln.

„Mißlingt der Plan der Reichsregierung, über die private Wirtschaft den Organismus der deutschen Wirtschaft wieder zu beleben und ihm seine volle Leistungsfähigkeit zurückzugeben, dann ist das freie Unternehmertum verloren, dann werden jene Kräfte die Oberhand gewinnen, die den Gesamtbereich der Wirtschaft der staatlichen Regelung unterwerfen wollen. Wehe dem Unternehmertum, wenn es nur an eigenen Nutzen denkt und nicht an den des großen Ganzen, wenn es jetzt nicht seine Stunde erkennt und die große Chance begriffen, die ihm die Reichsregierung bietet, wenn es nicht wagt, sondern nur zurückhält, nur wartet.“

Wir wiederholen diesen von tiefem sittlichen Ernst getragenen Appell des Reichskanzlers an das deutsche Unternehmertum, weil auch wir der Auffassung sind, daß in dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung der privaten Wirtschaft nicht nur — seit vierzehn Jahren staatssozialistischer Experimente — die erste, sondern gleichzeitig auch die letzte Chance gegeben ist, die zur Überwindung der Krise notwendigen Kräfte zu freier und natürlicher Entwicklung zu bringen. Täuschen wir uns darüber nicht: die so oft berufene Entscheidungskunde des deutschen Unternehmertums ist wirklich gekommen... Die Privatwirtschaft hat durch ihre öffentliche Zustimmung zu dem Regierungsprogramm diesen Willen zur Mitarbeit ausdrücklich bekundet. Ein Misserfolg des Regierungsprogramms wird daher in den Augen der Öffentlichkeit als Beweis dafür gewertet werden, daß die Privatwirtschaft zur Überwindung der Krise aus eigener Kraft nicht fähig ist, daß sie „abgewirtschaftet“ hat.

Hier kommt eine Stimmung zum Ausdruck, die man nur Katastrophenstimmung nennen kann. Das Weiskabinett erscheint dem Privatkapital heute als Retter des privatwirtschaftlichen Systems, und zwar in einer Lage, wo es um die letzte Chance geht. Die Hoffnung auf die Nazis ist schon zum Teufel. Das Selbstvertrauen der deutschen Privatwirtschaft scheint endgültig verloren.

Für die deutsche Arbeiterschaft ist das keine Ueber-raschung. Für sie haben Sozialdemokratie und Gewerkschaften deshalb den Kampf für die Beseitigung des kapitalistischen Systems als Gegenwartsaufgabe angekündigt, weil die Stunde für den Sozialismus in der Tat gekommen ist. Dieser Befürchtung müssen auch die Unternehmer jetzt offenen Ausdruck geben. Ein Grund mehr, alle Kräfte der Arbeiterklasse einzusetzen für den

Der Heringszoll.

Heftiger Protest aus Norwegen.

Die Verdreifachung des Heringszolls in Deutschland hat bei den norwegischen Fischern heftigsten Protest hervorgerufen. Die Fischereioptionen Norwegens haben sich bereits an die Regierung gewandt und gegen die deutschen Zölle scharfste Beseitigungsmassnahmen gefordert. Diese Forderung wird durch den Hinweis unterstrichen, daß Norwegen dreimal soviel Waren von Deutschland kaufe als umgekehrt, so daß im deutsch-norwegischen Handelsverkehr Deutschlands Handelsbilanz hoch aktiv sei. — Auch die schottischen Fischerverbände haben ihre Mitglieder einberufen, um zu den deutschen Zollserhöhungen Stellung zu nehmen.

In Deutschland protestiert der Reichsverband der deutschen Fischhändler lebhaft gegen die Behauptung der Reichsregierung, daß die neuen Heringszölle keine Verteuerung nach sich ziehen würden. Der Reichsverband gibt an, daß die Heraushebung der Zölle von 3 auf 9 Mark je Tonne bei dem billigen norwegischen Salzhering zu einer Verteuerung um 31 Proz. führen muß. Damit würde der einzelne Hering um 1,2 Pfennig teurer werden. Bei den bekannten Preisabrundungen auf dem Wege über die verschiedenen Handelsorganisationen bis zum Konsumieren dürfte die von uns aufgestellte Berechnung, daß die Verteuerung des einzelnen Herings zwei Pfennige ausmachen wird, nach den Feststellungen des Reichsverbandes zutreffen. Zum Schluß erklärt der Reichsverband mit vollem Recht, daß die Steigerung der Heringseinfuhr aus Norwegen, die im letzten Jahr 80 Proz. betragen habe, sich ausschließlich auf den billigen Salzhering beschränkt haben. Diese zusätzliche Einfuhr billiger und billigerer Fische ist aber schließlich nur eine Folge der entsetzlichen Kaufkraftzerstörung in Deutschland.

Deutscher Eisenhandel u. S. legt Kapital zusammen. Die Generalversammlung der Deutschen Eisenhandel u. S. Berlin, beschloß, das Kapital von 24,2 auf 9 Millionen Mark zusammenzusetzen. Der Kapitalschnitt hat sich durch erhebliche Sonderabschreibungen, besonders auf die zahlreichen Tochtergesellschaften, als notwendig erwiesen. — Nach dem Vorstandsbericht ging der Umsatz dieses größten deutschen Eisenhandelskonzerns, der über ein Netz von 94 Konzernunternehmen verfügt, im Geschäftsjahr 1931 auf 71 gegen 110 Millionen Mark zurück. Im letzten Konjunkturjahr 1929 betrug der Umsatz etwa noch 200 Millionen Mark. Bemerkenswert war der Hinweis des Vorstehenden, daß nach einer weiteren Schrumpfung der Umsätze in den ersten drei Monaten des laufenden Geschäftsjahres um nochmals 35 Proz. die Umsätze eine erhebliche Steigerung erfahren hätten, so daß sich das Verhältnis zwischen Handlungskosten und -umsätzen günstiger gestaltet habe. Der Anteil der Unkosten am Umsatz konnte bereits von 17 auf 14,5 Proz. gedrückt werden, so daß bei einem Bruttogewinn vom Umsatz in Höhe von 13 Proz. jetzt wieder fast die Grenze erreicht sei, wo Gewinne herausgemittelt werden könnten.

Umbau der Wirtschaft